

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 6.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 11. Februar 1911.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Befehrs-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Feierabend.

Feierabend! Still' ihr Maschinen!
Braucht heut' nimmer die Räder zu dreh'n.
Nicht mit eisernen Kräften mehr dienen,
Schweiget mit eurem Gestampf und Gestöhn.
Feierabend! — Sollt stille steh'n!

Feierabend! Fort mit der Feder,
War es doch heute der Arbeit genug.
Eifrig und eilig führte sie jeder
Hastig über die Bogen im Flug.
Feierabend! — Die Glocke schlug!

Feierabend! Müde Gesellen,
Leget Arbeit und Sorgen beiseit',
Fliehet die dumpfen, erstickenden Zellen,
Tüget die Freiheit, die sich euch bent;
Poese im Werktagkleid!

Grete Filling,
Sekretärin des Gewerkevereins
christl. Heimarbeiterinnen.

Führer und Masse.

Wie viel hat nicht gerade in letzter Zeit die sozialistische Presse über diese Frage geschrieben, wie viel ist geredet und bekämpft worden. Kritische Zuhörer hatten dabei den Eindruck der kläglichen Hilflosigkeit. Entweder wurde das Prinzip gewahrt, und das bedeutete ein Bügenstrafen praktischer Erfahrungen, sowie ein verderbliches Stören tatsächlicher Erfolge, oder die sozialistische Volkserziehung und greifbare Sozialreform stand im Vordergrund. Dann aber muß Prinzip und Weltanschauung verleugnet werden. Woher diese Ratlosigkeit der Sozialisten? Sie stammt aus derselben Quelle, der all ihre sozialen Irrtümer entspringen, aus der armseligsten, unfruchtbarsten aller Philosophien, dem Materialismus. Damit wird die Stellung unserer andersdenkenden Mitarbeiter auf sozialem Gebiete richtig verstanden und die Schätze der eigenen Weltanschauung wachsend mehr anerkannt lernen, wollen wir uns fragen, wie der Materialismus und damit sein sozialprogrammatischer Niedererschlag, die Sozialdemokratie, und wie das Christentum zur Masse und zum Führer steht.

Wie denkt der Materialist und wie der Christ über die „Masse“?

Dies hängt davon ab, wie sich beide Richtungen zum menschlichen Einzelwesen stellen, denn aus solchen ist die Masse gebildet. Da ist der Materialist durch seine Weltanschauung auf eine äußerst dürftige Auffassung der Menschenpersönlichkeit gebannt. Ein wohlorganisiertes kühles Tier, das wie alle Tiere nach Trieben, also mechanisch handelt, ist ihm der Mensch. Die Masse ist folgerichtig eine Herde, die sich je nach ihrer Stärke, Befähigung zur Führung des Daseinskampfes und ihrer äußeren Machtentfaltung mehr oder weniger durchsetzen wird. In der Klassenkampftheorie findet diese Anschauung sozialen Ausdruck. Die an Zahl, organisatorischer Macht und Kampfernergie überlegene Klasse überwältigt die Schwächeren, wie kraftvolle, lebensgeschickte, ausdauernde Tiergattungen andere überleben und aus ihrer Vernichtung eigene Kraft ziehen. Und was das Christentum? Ihm ist jeder Mensch wesentlich vom Tiere unterschieden durch die Seele und den vernünftig urteilenden Verstand, sowie den freien, verantwortlichen Willen. Er ist dem Christen-

tum himmelhoch über die übrigen Lebewesen erhaben und auf alle Ewigkeit geabelt. Somit ist uns die Masse die Ansammlung gottähnlicher, freier Geisteswesen, deren jedes mit der höchsten Würde ausgestattet ist. In ihr häufen sich nicht nur schwache Einzelne zur mächtigen Herde, sondern in ihr wirken auch Geist und Herz und Seele harmonisch zusammen. Gerade dies seelische Zusammenklingen und Einanderergänzen im Sozialorganismus macht uns diesen so wertvoll. Uns ist die Gesellschaft, auch die sogenannte Masse, ein einheitliches, vom Gesamtgeiste geleitetes, vom Gesamtwillen beherrschtes, organisches, d. h. zweckdienlich gegliedertes und durch Miteinanderverwirken seiner Organe lebendiges Wesen. Hieraus ergibt sich das weitere logisch. Der Materialist schätzt an der Masse nur ihre

äußerliche, körperliche Machtentfaltung,

der Einzelne tritt ihm hinter der Gesamtheit zurück als bedeutungsloses Atom. Während er unterschätzt und vielfach in seinen wesentlichsten Freiheitsrechten eingeschränkt wird (vergl. Terrorismus der Sozialdemokratie, Unterbindung der Meinungs- und Gewissensfreiheit usw.), wird die Masse fast vergöttert. Was an ihr imponiert, ist etwas rein Mechanisches, deshalb wird sie auch ihren mechanischen Lebensgesetzen überlassen, d. h., man läßt dem blinden Haufen die Souveränität, man beugt sich respektvoll vor der äußeren Macht der Mehrheiten. Die Erziehung der Vielen durch überlegene Geister, ihre Leitung durch ewig sittliche Kräfte und Gesetze, sowie durch hervorragend befähigte und verantwortliche Führer wird vernachlässigt, weil man dem Geiste die Herrschaft über den Stoff, dem Willen die Freiheit und der Gesellschaft das Recht aberkennt, durch Intelligenz und Tugend nach Menschenrecht und christliches Sittengesetz beherrscht zu werden. Daraus entsteht dann die so oft getadelte und der Volkserziehung hinderliche Ueberdemokratie, die Herrschaft des Haufens.

Viele „Führer“ fügen sich wider Wissen und Gewissen oft diesem souveränen Haufen und schmeicheln ihm, indem sie seine alleinige Autorität betonen und den Einfluß einzelner klügerer und besserer Personen als undemokratische Annäherung von „Akademikern“ oder „Bureaucraten“ zurückweisen. Was immer sich über das Niveau der Massen erhebt, wird oft sofort als Mordanschlag auf die Demokratie verdächtigt, und wer nicht in disziplinoser Leidenschaft und Gedankenlosigkeit die Augenblicksstimmung der Kämpfer in irgend einer Bewegung teilt, hat „die Fühlung mit den Massen verloren“. Der Führer scheint so fast überflüssig, jedenfalls ist er herabgewürdigt zum geist- und willenlosen Werkzeug der Massen.

Dem widersehen sich naturgemäß die Besten unter den führenden Sozialdemokraten. In bitteren Erfahrungen lernten sie die Freirungen des Masseninstinkts kennen, und gerade ihr Herz für das Volk, aus dem sie genommen sind, drängt sie, ihre Standesgenossen zu bilden und zu leiten. Wenn sie dabei auf Hohn und Widerstand stoßen, wie so oft, passiert es nur allzu leicht, daß die dogmatische Massenüberschätzung des Materialismus in ihnen umschlägt in das Gegenteil einer herrenmenschlichen Massenunterschätzung. Wie mancher einstige und noch antierende Gewerkschafts- und Parteiführer der Sozialdemokratie hat eine Berachtung für die Masse.

Wir dürfen und wollen nicht dem Volk zum Sieg verhelfen durch klassenkämpferisch geltend gemachte Gewalt, sondern durch

Gesetz und Recht,

das sich im geistig sittlichen Ringen Geltung verschafft. Nur als Mittel zum Zweck der Wiedereinführung von Recht und Gerechtigkeit in die Gesell-

schaft, den Staat und die Privatorganisation, Industrie usw. benötigen wir materielle Machtmittel, und diese nur soweit, als es bestehende Gesetze und christliche Gebote erlauben. Was wir demnach an der Masse, sagen wir lieber der Organisation schätzen, ist der einheitlich strebende Geist, der Gesamtwille, der sie erfüllt und der von den Einzelnen ausströmend im Sammelbecken der Vereinigung sich konzentriert und vertieft. Auch wir streben danach, daß dieser geeinigten Wille, durch den der Einzelne im Ganzen siegt, unverfälscht und frei zur Geltung komme. Wir wollen, daß die Arbeiter in möglichster Autonomie und Selbstverwaltung ihre Privatorganisationen leiten sollen, ohne standesfremde Einmischung. Wir wünschen immer wachsenden Einfluß des Volkes auf die Parlamente durch Wahl von Abgeordneten aus den arbeitenden Ständen usw. Wir sehnen uns nach einer Sozial- und Wirtschaftsordnung, wo das materielle, geistige und sittliche Wohl der Gesamtheit und damit auch der Ärmsten mehr gilt als das Spezialvergnügen weniger Herrenmenschen und eine einseitige Höhenkultur für die ausgenützte, wenig gebildete, unreife Massen schaffen müssen, ohne Anteil an ihr zu haben. Mein, eben weil wir das Volk und seine Organisationen lieben, wollen wir diese von blinden Massen zu bewußten Organismen erheben und dazu führt nicht Massenvergötterung, sondern Massenerziehung. Vor einer brutalen Mißachtung der Einzelnen, wie sie leicht verärgerten Materialisten unterläuft, schützt uns die Ublung der Menschenpersönlichkeit, auch der unscheinbarsten, irdisch bedeutungslosesten, wie sie das Christentum der Welt gebracht hat.

So ist uns der Führer

weder willenloses Massenwerkzeug, noch rücksichtsloser Sklaventreiber.

Seiner sozialwirtschaftlichen Gemeinschaft mit denen bewußt, die ihn wählten, durchdrungen vom christlichen Gedanken der allgemeinen Menschenverbürdung, soll er seinen einstigen Mitarbeitern und Leidensgenossen innig verbunden bleiben, sie bilden, ihnen raten und im Notfall auch seine ganze Autorität aufbieten, um sie vor Abwegen zu behüten. Er ist der Kopf des sozialen Organismus. Wie sehr er mit dem Leibe zusammenhängt, wie sehr er auf das Mitarbeiter in der einzelnen Glieder angewiesen ist, er hat immer die geistige Direktion des Ganzen. Denkendes Mitarbeiter der Organisationsgenossen kann natürlich keine Weltanschauung lebhafter begreifen, als das Christentum, das in jedem erwachenden Menschengestalt dem göttlichen Geiste ein Dankopfer darbringt und über jede Regsamkeit des gottgeschaffenen Geistes einen Triumph über den Materialismus feiert. Jemehr statutarische Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Mitglieder, desto näher kommt eine Organisation dem prinzipiellen Christentum. Dabei aber darf nie der Gesamtzweck vergessen werden, der auch eine einheitliche Leitung fordert und dem im Notfall Einzelmeinungen weichen müssen. Ihn stets zu betonen und auch dann geltend zu machen, wenn die Mitglieder Mehrheit im materiellen Erleben besaßen, nur an vorübergehende statt dauernde Erfolge denkt und von der prinzipiellen Bahn der Organisation abweichen will, das ist und bleibt allzeit Führeraufgabe. Ebenso liegt beim Führer auch in der demokratischen Körperschaft die moralische Verantwortung, soweit sein Einfluß reicht.

Zwar kann und soll er nicht seinen Privatwillen der Gesamtheit aufnötigen, allein, er ist gleichsam das

Gewissen der Organisation.

Der Pulverdampf des sozialen Gefechts trübt die Augen der Kämpfer, im momentanen Ringen werden sie erbittert, aufgereizt usw. Sittliche Ideale erblassen

und eine Selbstbehauptung setzt ein, die oft nicht nur andere Stände in ihren Rechten benachteiligen, sondern auch den eigenen am Kampf unbeteiligten Organisationsgenossen gefährlich werden kann. Hier hat der Führer in kühler Ruhe, den örtlichen Konflikten entrückt, zu urteilen radikalen Gruppen gegenüber. Das Recht und Wohl der Gesamtheit und zu straff gespannten Gegenwartsforderungen gegenüber die Ansprüche der Zukunft auf eine gefüllte Kasse, bleibende Erfolge, eine entwicklungsfähige Industrie usw. aufrecht zu erhalten. Er kann mehr als der noch arbeitende und mitkämpfende Genosse die Situation studieren und überblicken, dafür würde er ja seinerzeit „freigestellt“. Bildung und Verantwortung müssen es ihm auch stets nahelegen, im verwirrenden Alltagschaos die leitenden Grundzüge im Auge zu behalten und den Kleinkrieg in Einklang mit dem großen christlichen Kulturideal zu bringen. Also aus den Massen, mit den Massen, für die Massen, aber auch über den Massen arbeitet der Führer. Er sei sich immer bewusst, daß er es mit Standesgenossen und freien, geistigen Geschöpfen zu tun hat, damit er nicht hochmütig oder gar absolutistisch werde, er sei aber auch eingedenk, daß er ganz besonders für Tun und Lassen seiner Organisation Rechenschaft abzulegen hat vor seinen Mitgliedern, der Öffentlichkeit dieser Welt und einstens vor dem höchsten Richtersthule.

Wie froh dürfen wir doch sein, daß unsere Sozialarbeit nicht im Vanne des lähmenden Materialismus getan werden muß. In welche Frage wir immer herantreten, wir finden, daß des Christentums Kerngedanken sie befriedigend lösen und uns zur Reformarbeit anregen können, und wo die Sozialdemokraten im besten Falle besser, klüger und fortschrittlicher sind als ihre Theorie, da müssen wir nur klagen, daß unsere Praxis nicht immer den idealen Forderungen des christlichen Christentums genügt. Unsere Ideen über Masse und Führerschaft sind reif und gut, möchte es doch die Praxis des Gewerkschaftslebens auch überall werden!

Mehr Schutz den Arbeitswilligen!

Die Forderung wird in letzter Zeit von den Arbeitgebern und ihren Interessenvertretungen wieder mit besonderem Nachdruck erhoben. Daß die „Gelben“ aller Schattierungen zu den „lautesten Rufem im Streite“ gehören, versteht sich bei ihrer ganzen Charakterveranlagung eigentlich von selbst. Um die Forderung nach einem erhöhten gesetzlichen Schutz für die „getreuen Diener der Unternehmerinteressen“ dem großen Publikum gefälliger zu machen, wird sie vielfach in die viel mißbrauchte Formel von dem „Schutze der nationalen Arbeit“ gekleidet, wird es so dargestellt, als ob durch den „brutalen Terrorismus der Gewerkschaften“ nicht nur jede persönliche Freiheit vollständig vergewaltigt, sondern auch jede gewerbliche Unternehmungslust geradezu unterdrückt und schließlich unsere ganze blühende deutsche Industrie an den Rand des Verderbens gebracht werde. So klagte im vergangenen Jahre der Arbeitgeberverband von Köln in einer Eingabe an das Ministerium des Innern um „Verbot des Streikpostenstehens und von allem, was damit zusammenhängt“, daß wir insolge der „Nachsicht der Gesetzgeber gegenüber den Gewerkschaften“ den „schlimmsten Zuständen“ entgegengingen. Jede Unternehmungslust und Unternehmertätigkeit würde unterbunden, und es käme so, daß, je länger je mehr, gerade die kapitalkräftigen Industrien auf die Ausübung ihrer gewerblichen Beschäftigung zukünftig verzichten und ihre Geldmittel einer geschäftlichen Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung stellen werden.“ Auf Inspiration und Geheiß ihrer Drahtzieher drängen die „Gelben“ in Resolutionen und Eingaben nach gesetzlichen Garantien für die „Ausübung der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit“, was vielen Arbeitern von den Gewerkschaften unmöglich gemacht werde.

Das Sammerloch von der „Vergewaltigung der Arbeitswilligen“ ist eigentlich so alt, wie die Gewerkschaften selber. Es hat Verursachung gefunden in dem § 153 der Gewerbeordnung, der eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiter darstellt; es klang wieder in der bekannten Forderung zu einem „Zucht- hausgesetz“, worin dem jähwete Strafe angedroht wurde, „der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“; sein Ton ging durch so manche gesetzgeberischen Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuzengen. Der letzte Vorstoß im Reichstage wurde jüngst erst bei der Beratung der Strafgesetznovelle unternommen, indem zu dem Strafgesetzbuch eine ganze Reihe Abänderungsvorschläge gemacht wurden, die darauf hinausliefen, Streikandrohungen als unzulässige Zwangsmittel für den allgemeinen strafrechtlichen Begriff der Erpressung zu erklären und mit Gefängnis nicht mehr einem Monat zu bestrafen.

Die Debatten im Reichstage haben bewiesen, daß die große Mehrheit der Volksvertreter einer solchen Forderung ablehnend gegenüber steht. Und es ist wohl nur die Konsequenz aus der Erkenntnis dieser Tatsache, daß sich die Regierung mit aller Schärfe gegen die Forderung von Ausnahmegesetzen gewandt hat. Allerdings kündigte sie Verschärfung der bisher üblichen Strafbestimmungen an, und unter dem allgemeinen Eindrucke bedauerlicher Vorgänge in dem letzten halben Jahre ist die Stimmung für ein besonderes Arbeitswilligengesetz weiter verbreitet, als es vielleicht jemals der Fall war. Darum muß sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wehren, damit das Koalitionsrecht nicht noch weiter eingeengt und zu den bestehenden gesetzlichen Ungerechtigkeiten nicht noch weitere hinzugefügt werden.

Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen aus, um den Arbeitswilligen den geforderten Schutz zu bieten. Der § 153 der Gewerbeordnung stellt jeden Zwang, Drohungen, Ehrverletzungen und Verurteilungserklärungen, die angewendet werden, um einen Arbeiter zur Organisation oder zum Mitstreiken zu zwingen, unter Gefängnisstrafe. Die Gerichte haben von dem hierin liegenden Arbeitswilligenschutz so ausgiebigen und weitgehenden Gebrauch gemacht, daß viele organisierte Arbeiter für einen unklugen und unvorsichtigen Ausdruck die ganze Härte und Ungerechtigkeit dieses Paragraphen bitter haben fühlen müssen. Nach einer Statistik von Dr. Ed. Kohlrausch in Nr. 31 (Jahrgang 1908) der „Sozialen Praxis“ stieg die Zahl der Urteile nach dem § 153 der Gewerbeordnung von 125 im Jahre 1902 auf 1096 im Jahre 1906. Diese ungeheure Anschwellung der Verurteilungsziffer führt Professor Kohlrausch darauf zurück, daß in Zeiten stärkerer Streikbewegungen auch die Geneigtheit bei den Gerichten bestehe, den Tatbestand des Vergehens einfach als festgestellt anzunehmen.

Diese Geneigtheit der Gerichte hat in den letzten Jahren nicht abgenommen; im Gegenteil, unter dem Eindrucke, der von den „Gelben“ und ihren Arbeitgebern erzeugten Stimmung, ferner unter dem Eindrucke tatsächlich vorhandener sozialdemokratischer Terrorismuskfälle und beklagenswerter anderer Vorkommnisse ist an vielen Gerichten wieder eine besondere Schärfe gegen die „Streikhänder“ zum Ausdruck gekommen. Durch ihr terroristisches Vorgehen gegen Andersgesinnte hat die Sozialdemokratie nicht bloß den „Koalitionsrechtsräubern“ Wasser auf die Mühlen getrieben, sondern auch manches harte Gerichtsurteil im Sinne des § 153 gegen einen Arbeiter indirekt verschuldet.

Der § 153 der Gewerbeordnung schützt die Freiheit auf Arbeit, aber er schützt nicht die Freiheit der Koalition und nicht das gesetzlich gewährleistete Recht auf Streit, weil der Unternehmer straflos die schlimmsten Zwangsmittel anwenden darf, um Arbeiter von der Koalition und dem Streike abzuhalten. Insofern bedeutet der heute bestehende Arbeitswilligenschutzparagraph schon eine Ausnahmegesetzgebung gegen die organisierte Arbeiterschaft, deren Ungerechtigkeit durch weitere Bestimmungen nur noch vergrößert würde. Es ist nur ganz vereinzelt bekannt geworden, daß auch Arbeitgeber bei Anwendung von Zwangsmitteln gegen „außenstehende“ Kollegen von dem § 153 getroffen wurden. Sehr oft haben die Gerichte in solchen Fällen ein feines soziales Verständnis bekundet und von „Außenleitern“, „Wahrung berechtigter Interessen“ und „Standesolidarität“ gesprochen. Dagegen ist in zahlreichen Fällen gegen die Arbeiter auch noch der § 253 des Strafgesetzbuches angewandt worden, um sie für Anwendung von „Drohung und Zwang“ als für einen „Erpressungsversuch“ empfindlich zu bestrafen.

Also ist der Arbeitswillige bereits genügend von der Gesetzgebung geschützt; nicht minder aber auch durch die Praxis der Polizei und anderer Behörden. In der Regel genießen die Arbeitswilligen von dieser Seite den weitgehendsten Schutz, so zwar, daß dieser Schutz vielfach einem direkten Eingreifen zuungunsten der Streitenden gleichkam. Wohl nur ganz vereinzelt haben freilebende Arbeiter auch nur annähernd die gleiche behördliche Fürsorge für die Ausübung einer gesetzlich gewährleisteten Handlung genießen können. Das hat die Arbeiterschaft umso mehr verletzen müssen, als die behördlich und gesetzlich geschützten Streikbrecher in vielen Fällen Ausländer, vielfach gewalttätige und rohe Naturen oder gar moralisch ganz zweifelhafte Gesellen waren. Das Gewerbegericht Hannover hat mal aus seiner reichen Erfahrung heraus ein Urteil dahin gefällt, daß Streikbrecher meist „moralisch minderwertige Menschen“ seien, die nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.“ Von Hinz, der als Streikbrecher in dem letzten Noabiter Streik eine große Rolle spielte, der das Streikbrechen gewerksmäßig betreibt, wurde geschrieben, daß er durch Desertieren sich seiner militärischen Pflicht entzogen habe und wegen zahlreicher Vergehen lange von der Polizei gesucht worden sei.

Vornehmlich richten sich die Forderungen der Arbeitgeber und ihrer „gelben“ Interessenvertretungen auf ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens. Das würde dann eine außerordentliche Verschlechterung des ohnehin spärlichen Koalitionsrechtes sein. Die Arbeiter können bei einem Streike nicht darauf ver-

zichten, Arbeiter, die ahnungslos von auswärts kommen, über die Verhältnisse aufzuklären, umsoweniger, als das Werben von Streikbrechern zu einem recht erträglichen Gewerbe ausgeblüht ist und die armen Leute in der Regel unter Verschweigung der Tatsachen und unter himmlisch schönen Versprechungen herüber geholt werden. Diese Aufklärung liegt im Sinne und im Interesse der Leute selber, indem sie durchaus nicht immer zur Leistung von Arbeitswilligendiensten bereit sind und vielfach dann, wenn sie zu spät einen Einblick in die Dinge bekommen, schuklos, ratlos und arbeitslos fern von ihrer Heimat auf der Straße liegen.

Aber nehmen wir die Sache auch noch von einer anderen Seite: Ein viel weitergreifendes Mittel als das Streikpostenstehen sind die schwarzen Listen, die von den Arbeitgebern in der rücksichtslosesten Weise gebraucht werden und die mindestens denselben gesetzlichen Verbote unterliegen müßten, das die Unternehmer für das Streikpostenstehen fordern. Davon wollen die Unternehmer aber nichts wissen. Uebrigens ist das Recht auf Streikpostenstehen ein ganz unsicheres Recht. Kein Gesetzesparagraphen spricht davon. Zwar hat das Reichsgericht das Streikpostenstehen für gesetzlich erlaubt erklärt, aber es ganz und gar von der Gnade der Polizei abhängig gemacht dadurch, daß es erklärte, dem Postenstehen-Verbote der Polizei sei unter allen Umständen Folge zu leisten.

Zwei Gesichtspunkte sind es dann vor allem noch, die wir den Forderungen auf erhöhten Arbeitswilligenschutz entgegenstellen müssen:

Zunächst würde der Arbeitswilligenschutz in der geforderten Form die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern rechtlich ungünstiger stellen. Den Arbeitgebern verwehrt es niemand, sich ihrer lästigen Konkurrenten zu erwehren. Sie können sich kartellieren, wie sie wollen, — um den oder diejenigen, die nicht in dem Warenverkauf usw. mit ihnen an einem Strange ziehen wollen, niederzuringen, bis sie sich schließlich ergeben oder aber völlig ruiniert werden. Eine solche Art des moralischen Totschlages ist den Arbeitgebern in keiner Weise verwehrt. Soweit, wie sie gehen können und gehen, wollen die Arbeiter garnicht gehen. Sie verlangen nur, daß es ihnen nicht verwehrt werden soll, die Arbeitswilligen über die vorhandene Sachlage aufzuklären und sie zu überreden, von dem Streikbruch usw. Abstand zu nehmen. Ein zweites Moment ist dann, daß die die Arbeitswilligen so zart beschützenden Arbeitgeber meistens dieselben sind, die wegen einer Aussperrung selbst im größten Umfang mit keiner Wimper zucken. Und doch werden bei einer solchen Aussperrung zumeist eine Unmenge von Arbeitswilligen getroffen. Denken wir nur an die Aussperrung in dem Baugewerbe. Wie viele Arbeiter anderer Berufe, die mit dem Streikobjekt nichts zu tun hatten und „arbeitswillig“ in jeder Beziehung waren, wurden durch sie nicht betroffen, mittelbar wenigstens, und so gezwungen, gegen ihren Willen zu feiern! Das berücksichtigen aber die betreffenden Arbeitgeber keinesfalls. Es ist klar, daß sie bei ihrer Forderung nach erhöhtem Arbeitswilligenschutz nicht an Gerechtigkeit denken, an gleiches Recht für beide Teile, sondern nur an ihr eigenes Interesse. Daß dabei die Logik am allerwenigsten auf ihrer Seite ist, sieht sie absolut nicht an!

Wir fassen uns dahin zusammen: Wir brauchen keinen weiteren „Arbeitswilligenschutz“. Die bestehende Rechtslage bietet Handhabe genug, „Drohung, Zwang und Verurteilungserklärung“ entsprechend zu bestrafen. Uebrigens bietet den besten Schutz gegen den wirklichen Terrorismus die Selbsthilfe-Organisation, die Gewerkschaft. Die christlich organisierte Arbeiterschaft weiß sich schon gegen den Terrorismus der „Genossen“ zu wehren. Wenn das die „Gelben“ nicht können, dann ist damit die innere Hohlheit und die ganze jämmerlichkeit dieser Bewegung bewiesen. Und schließlich ist das ganze Geschrei weniger für die Arbeitswilligen, als gegen die Arbeiterorganisationen.

Nachen, die „christliche“ Domäne.

Es gibt Menschen, bei denen die Sucht, sich zu blamieren, zu einer fixen Idee ausgeartet ist. Wenigstens kommt man zu dieser Auffassung, wenn man im „Textilarbeiter“, dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes (Nr. 4 vom 27. Jan. 1911), den Artikel unter obiger Spitzmarke aus Nachen liest. Der Artikelschreiber spielt sich hier als Ehrenretter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Gera-Greiz auf, ohne zu bedenken, welche eine große Dummheit er begeht und welchen schlechten Dienst er damit seinem Verbands leistet.

Der „Textilarbeiter“ stellt die Frage an uns, ob wir „jemals ernstlich gewillt gewesen oder in Zukunft gewillt seien, für die Nacher Textilarbeiter etwas zu tun“. Hier die Antwort:

Die ganze Vergangenheit des christlichen Textilarbeiterverbandes in Nachen ist eine fortlaufende Geschichte ehrlicher, zielbewusster, energischer Arbeit zur Verbesserung der Lage der Nacher Textilarbeiter. Und diese Arbeit war von Erfolg gekrönt und wird von den Nacher Arbeitern auch anerkannt. Wäre dieses nicht der Fall, so würden im Jahre 1910

nicht über 1000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen im Aachener Bezirk unserem Verbands beizutreten sein, wogegen sich die Reihen des „deutschen“ Verbandes in Aachen mehr und mehr lichten. In diesen Tatsachen wird auch durch das periodisch wiederkehrende Geläch der Aachener Textilgenossen nichts geändert.

Was die Zukunft anbetrifft, so wird der christliche Textilarbeiterverband in derselben maßvollen, aber entschiedenen Weise für die Aachener Textilarbeiter eintreten, als er es in der Vergangenheit getan hat. Ueber das „Wie“ und „Was“ braucht sich der „rote“ Artikelschreiber keine grauen Haare wachsen zu lassen, das sind eigene Angelegenheiten der christlichen Textilarbeiter, die sich darüber mit ihren Führern beraten.

Nach werden in dem Artikel des „Textilarbeiters“ wiederum das Aachener Zweistuhlssystem und die „famosen Bedingungen“ erwähnt. Es ist eine allgemein bekannte Selbstverständlichkeit bei den Aachener „Genossen“, diesen alten abgetriebenen Agitationsgaul aus dem Stalle zu holen, wenn es gilt, dem christlichen Verbands etwas am Zeuge zu flicken. Wir haben uns so oft über diese Angelegenheit ausgesprochen und so oft die Tatsachen geschildert, daß wir für heute darauf verzichten können.

Anstatt dessen wollen wir einige Fragen über die „famosen Bedingungen“, unter welchen das Zweistuhlssystem in der Gera-Greizherrenstoffbranche seit Jahr und Tag eingeführt ist, an den Aachener Artikelschreiber stellen. Wir fragen: Ist der „Textilarbeiter“ gewillt, der deutschen Tuchweberschaft einmal genaue Aufklärung zu geben über die „famosen Bedingungen“, unter welchen im dortigen Industriebezirk Herrenstoffe im Zweistuhlssystem gewebt werden? Es würde schon eine genaue Erläuterung des „Mindestlohntarifs für Herrenstoffe von 140 cm Mindestbreite“ der Firma Ferdinand Krusing in Greiz genügen.

Dabei darf der „Textilarbeiter“ nicht die „Zuschläge“ zur Grundtarge dieses Tarifs vergessen, d. h. die Bezahlung für Nebenarbeiten, für Stillstehen des einen Stuhles, für Schützenzahl, Farbengahl, dicker Schuß, Unterschuß und Doppelschiff genau anzugeben.

Von besonderem Interesse sind für uns die Bestimmungen über Musterweben und über die Bedingungen für den Fall, daß mehr wie zwei Stühle bedient werden müssen. Auch bitten wir um Aufklärung darüber, wie hoch der Mindestlohn für Doppelstuhlweber festgesetzt ist.

Der Artikelschreiber wird unsere Neugierde entschuldigen; wir wissen auch, daß wir von ihm eine harte Arbeit fordern, erwarten jedoch, daß er nicht den besseren Teil der Tapferkeit wählt, sondern die Bedingungen von Gera-Greiz der Öffentlichkeit mitteilt. Also mal los; dann diskutieren weiter!

Erleichtert wird ihm zweifelsohne diese schwierige Aufgabe, wenn er sich die Nr. 2 des „Textilarbeiters“ zur Hand nimmt und aufmerksam den Artikel „Die Weberschaft des Textilgebietes Gera-Greiz usw.“ studiert. Wo solche trostlosen Verhältnisse bei der Bedienung von zwei Stühlen vorhanden sind, wie in dem Artikel geschildert werden, kann man sich leicht denken, wie die „famosen Bedingungen“ beschaffen sein müssen, unter welchen der „machtvolle“ „deutsche“ Textilarbeiterverband in diesem Industriebezirk die Bedienung von zwei Stühlen erlaubt.

Auch unseren Mitgliedern sei dieser Artikel zum Studium dringend empfohlen, sie werden dann klarer sehen und begreifen, daß das Zweistuhlssystem, wie es in Gera-Greiz gehandhabt wird, sich zu einer großen Gefahr für die gesamte deutsche Tuchindustrie auswächst und es die unbedingte Pflicht des „deutschen“ Verbandes sein müßte, hier Remede zu schaffen. Geschieht letzteres nicht, so ist bei der weiteren Einführung des Zweistuhlens in anderen deutschen Tuchindustrievorten für die Arbeiter das Schlimmste zu befürchten.

Ein anderes Jammerbild aus dem „roten“ Sachsen, das ebenfalls sehr dazu geeignet ist, den großmäuligen Aachener „Genossen“ den Mund zu stopfen, finden wir in einem Bericht aus Dstriß (Sachsen) in unserem Fachorgan Nr. 4 vom 28. Jan. 1911. Jammerlöhne von M. 9,70 pro Woche für Einkuhlweber und zirka M. 13.— für Doppelstuhlweber werden in der dortigen Seidenindustrie verdient und dazu noch von gut eingearbeiteten, alten Arbeitern. Zudem müssen die Weber ohne jede Bezahlung ihre Stücke selbst puzen, Schlingen und Schleifen aus ihnen entfernen. Dem christlichen Textilarbeiterverbande war es vorbehalten, diese jammervollen Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen, während sich der „allmächtige“ „deutsche“ Textilarbeiterverband anscheinend sehr wenig um diese bejammernswerten Arbeiter kümmert hat, trotzdem er ja in Sachsen bis vor kurzer Zeit allein dominierte. — So liegen die Verhältnisse im roten Königreich Sachsen. Traurig, aber wahr!

Der „Textilarbeiter“ fragt weiter: „Was hat der christliche Textilarbeiterverband getan, als unsere Organisation, der „deutsche“ Textilarbeiterverband, vor einigen Jahren, obgleich in der Minorität, keine Mühen und Kosten gescheut hat, die gedrückte Lage der Färber und Appreturarbeiter zu heben?“

Um die Hebung der Lage dieser Arbeiter war es dem „deutschen“ Textilarbeiterverbande gar nicht zu tun. Klein, diese Arbeiter wurden damals als Versuchskanariendel gebraucht, um eine neue Ausperrung zu provozieren. Erklärte doch der damalige Führer der „Deutschen“ in Aachen in einer Versammlung, er wüßte sich sehr glücklich eine neue Ausperrung.

Die Unternehmer taten ihm den Gefallen nicht. Einige, mit zum Teil unorganisierten Arbeitern begonnene Streiks gingen durch Streikbruch aus den eigenen Reihen verloren, eine Anzahl Arbeiter blieb auf der Straße und die anderen kehrten mutlos und an der Organisation verzweifelt in die Betriebe zurück. Sie sahen leider zu spät ein, daß mit ihnen ein frevelt-

liches Spiel getrieben worden war. Eine derartige verrückte Taktik konnte und wollte unser Verband nicht mitmachen.

Den Aachener Färbern und Appreturarbeitern kann nur geholfen werden, wenn sie sich möglichst vollständig, wie in Eupen und Düren, dem christlichen Textilarbeiterverbande anschließen und sich als eifrige Gewerkschafter betätigen. Tun die Arbeiter dieses, so können auch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden. In diesem Falle brauchen sie allerdings nicht zu fürchten, daß mit ihren Interessen Schindluder getrieben wird, wie es vor Jahren unter Führung von Feinhals geschah.

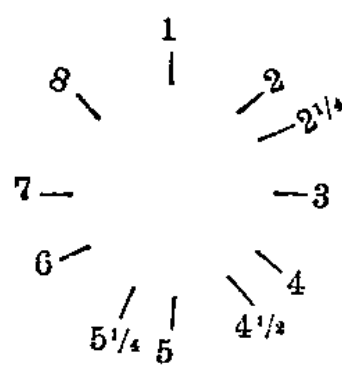
Die Großmäuligkeit, mit der der rote „Textilarbeiter“ über Aachener Verhältnisse kritisiert, war deswegen völlig unangebracht. Es ist ihm ergangen wie dem langohrigen Tier, das in seinem Uebermute aufs Eis ging. ew.

Einige praktische Ratschläge für Weber und Weberinnen.

II.

Wann muß nun die Fachöffnung erfolgen? Das richtet sich nach der Gewebeart. Bei Leinwand muß die Weblade den schon etwas verkreuzten oder vertretenen Schußfaden an die fertige Ware anpressen. Man sagt dann, die Ware wird mit Walle gearbeitet; es ist dies notwendig, um eine schöne, voll aussehende Leinwand zu schaffen. Anders verhält es sich mit den Körper- und Atlasgeweben und ihren Abarten. Hier muß im Gegensatz zur Leinwand die Weblade den Schußfaden noch unverkreuzt andrücken. Tut sie das nicht, dann erhält man verschmommenen Bindegrad und unschönes Aussehen der Ware, außerdem drückt sich ja auch der Schußfaden viel leichter zusammen, wenn er noch unverkreuzt ist, was wieder zur Folge hat, daß die Kettfäden mehr geschrumpft werden. — Will man nun nachsehen, ob ein Webstuhl alle seine Vorrichtungen im richtigen Moment erledigt, so muß man natürlich auch wissen, wie man das anzustellen hat. Ich lasse alle langatmigen Erklärungen beiseite und begnüge mich darüber mit folgenden Angaben:

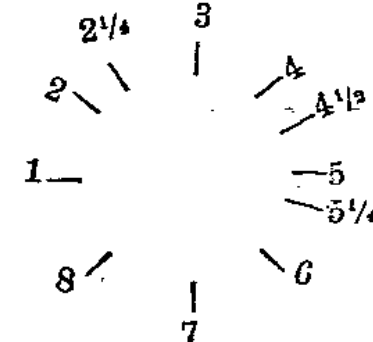
Man richtet sich dabei am besten nach den beiden gekrümmten Teilen der Oberwelle, an denen die Zugbänder für die Weblade angebracht sind und teile sich den Kreislauf dieser beiden Kröpfungen in gleiche, mit Nummern versehene Teile, nämlich so:



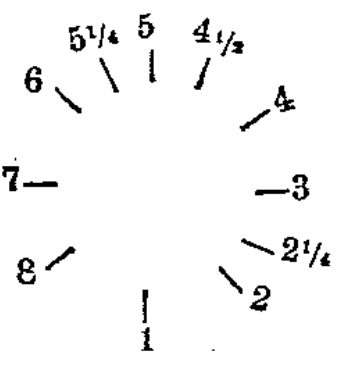
Bei gewöhnlichen, nach vorwärts arbeitenden Stühlen stehen also die beiden Kröpfungen bei Punkt 1 am höchsten, Punkt 5 am tiefsten, Punkt 3 ganz vorn, Punkt 7 ganz hinten. — Sind nun die Kröpfungen genau bei Punkt 5/4 angelangt, hat bei sämtlichen Stuhlssystemen der Schlag zu erfolgen, d. h. der Schuß muß bei diesem

Punkte anfangen, sich aus dem Kasten zu bewegen. Punkt 1 ist Fachschluß bei Leinwand, Punkt 2/4 für alle anderen Bindungen. Punkt 4 bis 4 1/2 muß die Kastenbewegung bei Schußwechsel beendet sein und die Rute bei Rutenstühlen ihren Weg antreten.

Es gibt auch Stühle, bei denen die beiden Kröpfungen auf Punkt 1 ganz hinten liegen, man muß also hier die Reihenfolge der Nummern so ordnen:



Bei Webstühlen, deren Kröpfungen ihren Kreislauf nach rückwärts ausführen, merke man sich die Zahlen in dieser Reihenfolge:



Alle drei Beispiele sind also so gezeichnet, daß stets auf denselben Punkten dieselben schon erläuterten Bewegungen erfolgen müssen, auch sind im vorstehenden nur die Hauptstellungen am Webstuhl angegeben und wird vorausgesetzt, daß der damit Vertraute selbst herausfinden wird, an welchen Punkten die übrigen Vorrichtungen, wie selbsttätiges Anhalten bei Fehlen des Schußfadens usw. vor sich gehen müssen. Nochmals sei bemerkt, daß diese Regeln bei allen Stuhlssystemen anzuwenden sind, bei denen die Kröpfungen der Oberwelle einen Kreis beschreiben, und sind Abweichungen von denselben nur in ganz geringfügigem Maße, höchstens um 1/8 Punkt zu entschuldigen. Ist es mehr, dann wird kein Beteiligter an solchen falsch vorgerichteten Webstühlen viel Freude erleben.

Schließlich sei noch als erwähnenswert angeführt, daß bei Leinwand der Streichbaum (über den das Kettgarn hinweggeht), etwas höher liegen muß als der Brustbaum, über welchen die Ware geführt wird, bei allen anderen Bindungen dagegen sollen Streich- und Brustbaum in gleicher Höhe stehen und dürfen die Geschirrlagen bei Fachschluß das Kettgarn nicht aus seiner wagerechten Lage hochziehen oder hinabdrücken.

Aus der Arbeiterbewegung.

Jugendabteilungen in den christlichen Gewerkschaften? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Konferenz der Präsidien der katholischen Lehrerevereine der Diözese Hildesheim. Die Konferenz sprach sich für die Bildung von Jugendabteilungen in den christlichen Gewerkschaften aus, wobei sie ausdrücklich die Berechtigung und die Notwendigkeit dieses neuen Gliedes innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorhob, jedoch auch der Erwartung Ausdruck verlieh, daß die Leiter der christlich-gewerkschaftlichen Jugendabteilungen von der Veranstaltung von Festlichkeiten und Ausflügen absehen, in den Versammlungen nur Vorträge über das rein gewerkschaftliche Gebiet halten und die Versammlungen selbst nicht auf die Zeit des sonntäglichen Hauptgottesdienstes verlegen würden.

Mit ihrer Stellungnahme für Jugendabteilungen in den christlichen Gewerkschaften haben die Präsidien der Diözese Hildesheim einen Standpunkt eingenommen, der nicht von allen geistlichen Leitern der Lehrere- oder Jugendvereine geteilt wird, der aber unzweifelhaft der Sache mehr dienlich ist, als das ängstliche Bangen um die „Konkurrenz“, die nach einer hier und da ausgesprochenen Meinung der Jugendvereinsbewegung mit den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen entstehen würde. Dieses ängstliche Abwägen, dieses Zögern und Fragen nach einer „korrekten“ Teilung der beiderseitigen Aufgaben ist der Gewinnung des Nachwuchses und der Erhaltung unserer Jugend für die christlichen Ideale nicht förderlich. Während man auf christlicher Seite noch tief in den Beratungen darüber steckt, wo und wie die Jugend zu organisieren sei, arbeiten die Sozialdemokraten mit aller Anstrengung, holen sie eine große Anzahl junger Leute vielleicht für immer weg. Daß die sozialdemokratische Zeitschrift die „Arbeiterjugend“ nach einigen Jahren des Erscheinens bereits rund 50000 Abonnenten zählt, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften bereits viele Tausende junger Leute organisiert sind, sollte doch die Notwendigkeit praktischer Agitations- und Organisationsarbeit für unsere Bewegung dringend genug beweisen.

Unser Verband hat viel mit jungen Arbeitern und Arbeiterinnen zu rechnen; er denkt aber gar nicht daran, den konfessionellen Jugendvereinen in irgend welcher Sache Konkurrenz zu machen. Seine ganze Agitations- und Organisationsarbeit geht, wie wir bereits früher geschrieben haben, nicht über den Rahmen dessen hinaus, was mit dem Arbeitsverhältnis der jungen Leute unmittelbar zusammen hängt. Die Veranstaltung von Ausflügen und Festlichkeiten für die Jugend kann u. E. nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein. Aber dort, wo konfessionelle Jugendvereinigungen überhaupt nicht bestehen oder wo sie sich in dem gedachten Sinne um die Jugend gar nicht kümmern, da muß die Gewerkschaft einen Teil der Aufgaben übernehmen, die eigentlich den Jugendvereinen zufallen.

Im übrigen ist die ganze „Jugendabteilung“ in der christlichen Gewerkschaft doch mehr eine Sache der Form und des Namens. Wenigstens haben wir in unserem Verbands die Sache so auf- und angefaßt, daß die ganze „Jugendabteilung“ in nichts anderem als in besonderen gewerkschaftlichen Versammlungen und gewerkschaftlichen Kursen für die Jugend besteht, weil man ihr die Dinge in anderer Aufmachung vortragen muß, als der ermpfänglichen Arbeiterschaft. Dort aber, wo konfessionelle Jugendvereine nicht bestehen, werden unsere Ortsverwaltungen über diesen streng gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen müssen. Wir haben Jugendliche organisiert in Orten, wo blühende Jugendvereine bestehen; das Verhältnis zwischen diesen Vereinen und unserem Verbands ist überaus gut. Sie kollidieren nicht miteinander. Es kommt auf den guten Willen, auf gegenseitiges Vertrauen und auf etwas Weitzigkeit an.

Es ist aus mit den christlichen Gewerkschaften! Das muß man annehmen, wenn man den Notizen über unsere Bewegung, die durch die sozialdemokratische und einen Teil der bürgerlichen Presse gehen, Glauben schenkt. Sie tun der unwissenden Welt kund, daß der Papst in Rom die christlichen Gewerkschaften demnächst aufheben werde. Es sei ihnen nur noch eine Galgenfrist bis zu der nächsten Reichstagswahl gegeben, damit sie noch der Reaktion gegen die Sozialdemokratie Hilfe leisten könnten. Diese Galgenfrist hätten sie dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg zu verdanken, der in diesem Sinne in Rom seinen Einfluß geltend gemacht habe. Nun aber habe der Papst durch die deutschen Bischöfen „allgemeine Vorschriften“ für die christlichen Gewerkschaften darüber erlassen, wie diese sich zu verhalten und zu betätigen hätten.

Diese Behauptungen, die nur einer überreichen Phantasie und der tiefen Feindschaft gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung entsprungen sein können, sind eigentlich zu verrückt, als daß sie einer ernstlichen Besprechung würdig wären. Sie verfolgen offenbar den Zweck, Verwirrung in die Reihen der christlichen Gewerkschaften und ihrer Freunde zu tragen, die christlichen Gewerkschaften bei den evangelischen Arbeitern als von katholisch-kirchlichen Behörden vollständig abhängige Gebilde zu verdächtigen.

Wir glauben, daß selbst der dümmste evangelische Arbeiter über dieses tolle Manöver nur lachen wird. Sicher wird es seinen Zweck ganz und gar verfehlen. Von irgend welchen Vorschriften für die christlichen Gewerkschaften oder gar von ihrer Auflösung durch den Papst kann gar keine Rede sein. Die ganze Geschichte ist Schwindel. Weder haben die christlichen Gewerkschaften von kirchlicher Seite Vorschriften über

Ihr Verhalten oder ihre Tätigkeit entgegengenommen, noch hat eine Behörde, die außerhalb der christlichen Gewerkschaften steht, über ihre „Auflösung“ bestimmt oder zu bestimmen. Die „freien“ Gewerkschaften können dieselbe Freiheit nicht für sich in Anspruch nehmen, weil sie Verbände von sozialdemokratischer Partei Gnaden sind und nur reden, schreiben und handeln dürfen, wie es die sozialdemokratischen Partei-Oberbunzen bestimmen.

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften räumt in seiner jüngsten Nummer mit all dem verrückten Gequatsch in einem längeren Artikel gründlich auf. Wir werden in der nächsten Nummer den Artikel eingehend besprechen und ziehen jetzt nur ganz kurz die Hauptpunkte heraus. Was das „Verbot“ der christlichen Gewerkschaften anbelangt, sagt das „Zentralblatt“, daß in manchen Kreisen dshb. der „Wunsch der Vater des Gedankens“ gewesen sei. Die Ausführungen des Kardinals Fischer in seinem Hirtenbriefe hätten aber diesen Wunsch grünlich zerstört, indem er ausdrücklich geschrieben habe, der Papst denke an eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften gar nicht. Ueber die Rolle, die dem Reichskanzler bei der Sache zugehoben wird, heißt es: „Als der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im März 1910 in Rom seine Antrittsvisite machte, wurde von einem Berliner Mitarbeiter in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 151/10 u. a. ausgeführt, daß bei der Unterredung im Vatikan auch der deutschen Arbeiterbewegung und der Stellung der christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie gedacht worden“ sei, daß jedoch bei der Besprechung es sich „um eine Anerkennung der christlichen Gewerkschaften durch den Papst nicht gehandelt haben“ könne, da der Papst „ja bereits zu wiederholten Malen die Bedeutung und das Wirken dieser interkonfessionellen Arbeiterorganisationen anerkannt habe“. Diese Notiz sei damals bereits durch die ganze deutsche Presse gelaufen.

Wenn nun im März zwischen dem Papst und dem deutschen Reichskanzler über die christlichen Gewerkschaften eine Aussprache stattgefunden und über deren Beurteilung eine Uebereinstimmung bestanden habe, dann könne nicht einige Monate später ein „Verbot der christlichen Gewerkschaften“ auf dem Schreibtisch des Papstes gelegen haben, das „der unsichtbar waltende Arm des deutschen Reichskanzlers“ unwillkürlich gemacht habe.

Dann wird noch die Selbstverständlichkeit hervorgerufen, daß irgendwelche bischöflichen oder päpstlichen Vorschriften, die etwa für die christlichen Gewerkschaften eine Wenderung ihrer Grundsätze oder ihrer seitherigen organisatorischen und gewerkschaftlichen Praxis zum Gefolge haben könnten oder zur Folge haben würden, gar nicht existieren. „Die christlichen Gewerkschaften bleiben, was sie waren, und mehr als Worte und die gegnerischen Kombinationen wird das ihre zukünftige Wirksamkeit beweisen.“

Damit ist das Lügengespinnt gründlich zerstört.

Anbahnung des sozialen Ausgleiches. Unser Ziel ist die Hebung der Arbeit zur Gleichberechtigung dem übermächtigen Kapital gegenüber, die Freimachung der menschlichen Persönlichkeit von Mammonabhängigkeit und der Schluß der schwächsten Elemente in der Volkswirtschaft; also Anbahnung des sozialen Ausgleiches. Dies Ziel wollen wir, wenn

eben möglich, mit friedlichen Mitteln erreichen, da wir keinerlei Freude am unproduktiven Kampf und keine böshafte Lust am Quälen des Unternehmers haben, mit dem wir doch organisch zusammenarbeiten müssen und wollen. So scheint uns der Tarifvertrag, der wenigstens für eine gewisse Zeitdauer an die Seite dauernden Kampfes oder doch beständiger Reibereien die gesetzliche Ordnung setzt, als eine Befriedigung unserer Gleichberechtigung im Gewerbe und als der gangbarste Weg zu unserem Ziele. Wir hoffen auch, daß in der Zeit verträglichen Zusammenwirkens bisher feindliche, sich mißverstehende Parteien einander näherrücken können und daß dann das Gute, Gerechte in ihnen stärker sein wird, als der Klassenhaß und Absolutismus; umsomehr, als ja das ethisch Vollkommenere hier wieder einmal gleichzeitig das Praktische sein wird.

Durch jahrelange tarifliche Erziehung kann es schon dahin kommen, daß immer mehr die friedliche paritätische Auseinandersetzung die Arbeitsniederlegung oder Aussperrung ersetzt, und eine solche Entwicklung zu fördern sind wir äußerlich statutarisch und innerlich durch unsere christliche Moral verpflichtet. Allein niemals werden wir gerechte Arbeiterforderungen, vor allem solche, die eine sittliche Notwendigkeit sind, für einen gewerblichen Scheinfrieden preisgeben. Wahrer Friede sagt das Organ des christlichen Malerverbandes recht treffend, wird erst möglich und dauernd sein können, wenn schreiende Ungerechtigkeiten geschwunden und die sozial schwachen, volkswirtschaftlich aber unentbehrlichen Elemente im Produktionsprozess zur Gleichberechtigung gehoben sein werden.

Solange noch rücksichtslose Unternehmer schwache Arbeiterexistenzen unter das menschlich gebotene Kulturniveau herabdrücken, wird die Organisation der Port die Hilflösen sein, und sie wird für diese Geringsten und ihr Recht im Notfall auch mit dem Helbenmut kämpfen, der christlichen Männern bei der Verteidigung freier Menschen und ihrer Ständerechte zusteht.

Wo also höhere Güter und unabweisbare materielle Ansprüche auf dem Spiel stehen, da werden wir, trotzdem wir den Frieden vorziehen, auch den Kampf nicht scheuen. Streng gebunden an übernommene Vertragspflichten, werden wir nach Ablauf der Tarifdauer von unserem gesetzlichen Koalitionsrecht und der Organisationsmacht praktischen Gebrauch machen und die Bewegungsfreiheit im Dienste unserer Sozialideale benützen, wie dies auch die Unternehmer stets tun werden. Der soziale Friede besteht nicht im Unterdrücken einer sittlich notwendigen Arbeiterbewegung, sondern darin, daß dieser der ihr zukommende Einfluß gewährt und die Wege der kampflösen Vereinbarung nicht verrammelt werden.

Also wir geben dem sozialen Frieden, was des sozialen Friedens ist. Wir kämpfen nicht des Kampfes, sondern des Friedens, des gerechten Friedens wegen. Unsere Weltanschauung zeigt uns den rechten Mittelweg zwischen verderblichem Radikalismus und arbeiterverräterischer Harmoniosigkeit, und wir sind nicht verlegen, wenn man uns von irgend einer Seite den Zinsgrößen einer verhänglichen Frage zuwirft.

Wir müssen die Arbeiterinnen organisieren! Nicht bloß deshalb, weil von ihrer Zugehörigkeit zur Organisation die materielle Besserstellung der männlichen Arbeiter abhängt, nein, auch der Arbeiter-

innen selbst willen. Auch sie werden unumgänglich ohne Verband zu besserer materieller Kultur hinaufsteigen können. Ohne Gewerkschaft keine besseren Arbeitsverhältnisse.

Über die Sache hat auch eine sehr starke ideelle Seite. Nur in einigen Punkten soll die Hervorgehoben werden. Zur Abwehr der mannigfachen sittlichen Gefahren des Fabriklebens gehört ein sittlich und religiös stark fundamentierter Charakter. Gewiß, aber es gehört mehr dazu: auch eine starke wirtschaftliche Macht, damit die bedrohte Arbeiterin nicht infolge ihrer Grundsatzfestigkeit materiellen Schaden hat, am Lohn usw., und schließlich dieser materielle Schaden nicht doch noch die Klippe werde, an der die Arbeiterin — „zerschellt“. Ein sittlich gefahrloses Verhältnis zwischen Vorarbeiter, Meister, Direktor oder Arbeitgeber einerseits und der Arbeiterin andererseits kann in allen Fällen nur dann garantiert sein, wenn die Arbeiterin außer dem Besitze ihrer religiösen und sittlichen Ideale noch eine starke wirtschaftliche Macht im Rücken hat.

Und ferner: auch das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeiterin bedarf in vielen Fabriken noch sehr der Besserung nach den verschiedensten Gesichtspunkten. Hat der männliche Arbeiter immer die notwendige Achtung und den Respekt vor der Arbeiterin? Nein! Man höre nur mal die Reden mancher Männer, wenn sie mit Arbeiterinnen sprechen. Sie müssen beide in der Gewerkschaft zusammengebracht werden, dort sollen sie sich gegenseitig kennen und auch — achten lernen.

Nimmt die Verflachung und die sittliche Verwahrlosung unter den Arbeiterinnen nicht in einem erschreckendem Maße zu? Der Arbeiterin fehlt es an einem „Thema“, womit sie sich beschäftigen, wofür sie sich begeistern kann. Was für viele bemittelten Frauen all die charitativen Vereine sind, das kann in viel weiterem Sinne für unsere Arbeiterin die christliche Gewerkschaft werden. Eine Arbeiterin, für die die christliche Gewerkschaft ein Quell vieler sittlicher Kräfte geworden ist, findet nicht mehr ihren Sinn in allerlei leichtem und verflachenden Vergnügungen.

Da kann der konfessionelle Arbeiterinnenverein die christliche Gewerkschaft gar nicht ersetzen. An Tausende kommt ja der Arbeiterinnenverein wegen seines rein religiösen Charakters gar nicht mehr heran. Gibt es nicht zahlreiche Arbeiterinnen, die sich am äußersten Rande des religiösen Lebens bewegen? Für die kann die christliche Gewerkschaft die Brücke werden, die sie von der religiösen Gleichgültigkeit zum lebendigen kirchlichen Leben hinüberführt.

Was „allerdings“ übersehen worden ist! In Nr. 4 des Organs des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter kommt der Rechenkünstler K. auf unseren Artikel, „Was lehren die Zahlen“, in Nr. 2 dieser Zeitung zurück. Mit ganz köstlicher Naivität sucht er die von uns nachgewiesene Differenz in den Unterstützungssummen, sowie er sie angab und wie sie in dem offiziellen Geschäftsbericht des Verbandes vermerkt stehen, zu entschuldigen. Er schreibt:

„Übersehen ist „allerdings“ worden, daß deshalb, weil früher die Abrechnungen der Hauptkasse den Abrechnungen der Filialkassen immer um ein Quartal voraus waren, und diese Art der Abrechnungen leicht zu irrtümlichen Voraussetzungen Veranlassung geben konnte, im Jahre 1909 damit

Starke Seelen.

6) Eine Romanstizze aus der modernen Gewerkschaftsbewegung von Ernst Breit.

„Ich komme nämlich zu Ihnen, um zu versuchen, ob sich nicht bezüglich Ihrer Arbeiter eine Verständigung herbeiführen läßt. Vielleicht wenn —“

„Bedauere sehr! Mit dritten, außenstehenden Personen unterhandle ich nicht. Meine Arbeiter mögen den Weg zu mir selbst finden.“

„Ich muß mir gestatten, Herr Geheimrat, Sie darauf hinzuweisen, daß die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten andere geworden sind. Die Arbeiterchaft von heute bildet eine organisierte Einheit, deren Abgeordnete im Namen aller Arbeiter sprechen, und Sie werden daher über kurz oder lang nicht umhin können, mit Außenstehenden zu verhandeln. So komme ich im Auftrage des Gewerkschaftsverbandes zu Ihnen, um über die Wiedereinstellung der gemäßigten Arbeiter und die Forderung Ihrer Leute an deren Statt mit Ihnen zu verhandeln.“

„Wie meinen Sie? Forderungen? Mit mir verhandeln? Sie haben sich wohl im Ausdruck geirrt und wollten sagen: um Wiedereinstellung der Erwahten und Aenderung der Wohnverhältnisse zu bitten.“

„Ich bedauere, von dem, was ich gesagt habe, nichts berichtigten zu können.“

„Gunter besser! Mein Herr, Ihre Reden berühren mich wirklich recht wunderbar! Wenn ich nun als Antwort auf diese Provokation sämtliche Arbeiter aufspalte?“

„Wird überlässig sein“, entgegnete der andere kalt, „denn wenn eine Verständigung nicht zustande kommen sollte, werden Ihre Leute wahrscheinlich selbst die Arbeit niederlegen.“

Der Fabrikherr wurde erregt. „Drohungen verlangen bei mir nicht! Sagen Sie bitte kurz, was Sie wünschen.“

„Zunächst die Wiedereinstellung der gemäßigten Arbeiter.“

„Ausgeschlossen! Weiter, bitte!“

„Dann eine Erhöhung der Akkordlöhne bis zu 50 Pfg. pro Tag.“

„Mein Herr, die Löhne meiner Arbeiter bestimme ich! Verstanden? Ueberhaupt kann die letzte Forderung ruhig als unsinnig bezeichnet werden, denn die Löhne sind bei mir den heutigen Lebensmittelpreisen entsprechend gesetzt. Jede weitere Unterhandlung lehne ich rundweg ab.“

Der andere erhob sich kalt.

„Wenn Sie die Forderungen der Arbeiter als unsinnig bezeichnen, so bedauere ich, auch meinerseits nicht weiter mit Ihnen verhandeln zu können, mache Sie aber darauf aufmerksam, daß im Falle eines Streiks die Fabrik Ihres jüngeren Herrn Sohnes in Mitleidenschaft gezogen wird.“

Mit diesen Worten entfernte er sich.

Der Fabrikherr war bis zum Hals im Ärger. Er schritt noch lange erregt auf und ab. Endlich ging er ins Wohnzimmer, wo er die Familie beim zweiten Frühstück fand.

„Gib mir doch bitte ein Glaschen Sekt von drüben, Rathilde. Nein — bitte — Kugeln nicht — tue mir den Gefallen und gib es mir selbst. Von diesem ganzen bezahlten Sekt mag ich in den nächsten Stunden keinen jehen. Man hat ja nichts wie Ärger und Verdruß von den Leuten.“

„Was ist denn, Vater?“ erkundigte sich Fritz.

„Ja, denkst auch, eben kommt da so ein Gewerkschaftssekretär zu mir und redet in hohen Tönen von Arbeiterrecht und Streik. Ich hab ihn aber heimgeleudet.“

„Bei meinem Vater hat sich nie so ein Sektbeglucker jehen lassen“, meinte die junge Frau, indem sie den gefüllten Glasproppsen von der Flasche abhob und ein feines Kristallglas mit der goldbrunnen Flüssigkeit füllte. „Wohl bekomm's, Vater!“

Während der Alte trank, entgegnete Karl:

„Ja, das waren ganz andere Verhältnisse, Lüden! Konfessionelle Fabrik, Mitregierung, die Idee spukt in den Köpfen. Und es wird ihnen gelingen.“

„Bei mir nicht!“ entgegnete der Vater.

„Und bei mir auch nicht“, fügte Fritz bei.

„Sagt das nicht zu laut. Wenigstens du nicht, Fritz! Ich denke in dem Punkte anders. Moritz hat mir da —“

„Ach, hör' doch auf von Moritz“, brummte der Vater ärgerlich. „So etwas liegt ihm doch ganz und gar fern. Allerdings, diese gelehrten Herren bekommen oft recht sonderbare Anwandlungen. Ich glaube gar, er verbricht Gewerkschaftslieder.“

„Moritz verbricht überhaupt nichts, ich finde seine Gedichte sehr schön“, entgegnete die junge Frau, etwas pikiert darüber, daß man ihren Schwager, der für sie als Idealtheologe galt, verunglimpfte.

„Sehr schön“, protestierte Fritz, „besonders die Spottverse, die er auf mich macht, weil ich mich früher von den Jungen verprügeln und von den Mädchen beschützen ließ.“

Alle lachten.

„Ach so, von der Maria M.“, meinte der Vater. „Der Alte ist nun ein ganz bodenheimer Gesell. Wie geht's ihr nur jetzt. Ich hätte längst mal rüber geschickt, aber —“

„Wie's der geht, weiß ich am besten“, entgegnete Fritz, „sie ist bei mir auf der Fabrik.“

„Bei dir auf der Fabrik, nicht möglich!“

„Ja, was kann ich machen“, entgegnete Fritz. „Ich hab' ihr alles angeboten, aber sie will eben nur arbeiten und junkt nichts, und da werde ich sie doch nicht fortjagen. Mir selbst ist das peinlicher wie ihr.“

„Hoffentlich hat sie sich nicht auch — organisiert.“

Ueber das Gesicht von Fritz huschte ein finsterner Schatten.

„Das will ich denn doch nicht fürchten“, meinte er sehr ernst.

„Das kannst du heutzutage ruhig bei jedem fürchten, lieber Fritz“, meinte Karl, indem er sich erhob, „ich muß mal eben unten durchs Werk.“ Damit empfahl er sich.

Als er unten ankam, war die Stimmung der Leute sehr erregt. Der junge Fabrikherr bedauerte das Wortkommis zwischen seinem Vater und dem Vertreter der Arbeiterchaft sehr. Er würde mit dem Manne wahrscheinlich anders verhandelt haben. Indes: vielleicht war es gut, daß die Frage einmal zum offenen Austrag kam.

(Fortsetzung folgt.)

geboren wurde, und von dieser Zeit an die Abrechnungen der Ortsvereinigungen mit der der Hauptkassier konform gehen. Dadurch erhöhte sich diesmal bei den Unterstufungen, bei denen die Lokalkassen für die Hauptkasse auslegen, die ausgezahlte Gesamtsumme um ein Quartal, so daß für diese Unterstufungen also der Betrag von fünf anstatt für vier Quartale verzeichnet ist. Das konnte der Verfasser nicht wissen, da das „Korrespondenzblatt“ hierüber leider keine Anmerkung enthält.“

Der „deutsche“ Rechenmeister „R.“ will also das Opfer der Geschäftspraxis seines Verbandes geworden sein. Er konnte nicht wissen, daß die Zahlen im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission fünf statt vier Quartale umfaßten. Hätte er jedoch nur einen Blick in die Abrechnungen geworfen, die in dem offiziellen Geschäftsbericht seines Verbandes gemacht werden, dann würden ihm die großen Zahlenunterschiede sofort aufgefallen sein. Die Unehrlichkeit liegt aber nicht allein darin, daß in der Statistik des „Korrespondenzblattes“ die Summe für 5 anstatt für 4 Quartale als Ausgabe für das Jahr 1909, leider ohne jede Anmerkung“ angegeben wird, in der Summe für Reiseunterstützung stecken sogar die Ausgaben von 2 Jahren. Darüber schweigt das „Rechners Feigheit“. Oder „ist allerdings auch das übersehen worden?“

Jedenfalls wird „Genosse R.“ aus dieser Blamage gelernt haben, daß man nicht über Dinge schreiben darf, die man nicht wissen kann“ und daß er die Angaben seiner Geschäftsleitung mit großem Mißtrauen aufnehmen muß, sonst könnten seine gewagten Rechenkünsteleien noch öfters so unangenehme Dinge für ihn und seinen Verband im Gefolge haben.

Die Angaben des „Korrespondenzblattes“ über die Rechengenergebnisse des deutschen Textilarbeiterverbandes für das Jahr 1909 stimmen also nicht. Es werden die Zahlen für 5 Quartale fröhlich ohne jede Berücksichtigung als Jahresausgabe angegeben. Wer hat diese Fälschung der Deffektivität verschuldet. Der Statistiker des Korrespondenzblattes oder die Geschäftsleitung des „freien“ Textilarbeiterverbandes? Es ist doch gemeiner Schwindel, wissenschaftlich unrichtige Angaben unter die Leute zu bringen. Warum hat die Redaktion des „Textilarbeiter“ keine Korrektur der Zahlen vorgenommen oder wenigstens eine erklärende Bemerkung darüber gemacht, als sie die falschen Rechenkünsteleien des „Genossen“ R. veröffentlichte? In der Redaktion mußte man doch wissen, wie die Zahlen zueinander gehörten. Für die „Textilarbeiter“-Redaktion kann man unmöglich etwas anderes annehmen, als daß sie Rechenexempel, von denen sie wußte, daß sie falsch waren, ihren Lesern als recht und wahr vorführte und als Waffe gegen unseren Verband gebrauchte. Darin liegt die Fälschung und der Schwindel. Uns soll wundern, ob „Genosse“ Büggemann in Krefeld nun auch eine Korrektur seines Flugblattes, worin doch auch der Schwindel mit den hohen Unterstufungen enthalten ist, vornimmt.

Soziale Studentenarbeit. Den Lesern der Gewerkschaftspressen sind die Bestrebungen bekannt, die in den letzten Jahren innerhalb des deutschen Studententums den Zweck verfolgten, die jugendlichen Mitglieder der gebildeten und besitzenden Kreise bereits während ihrer Studienzeit zu einer besseren Kenntnis der Lage der handarbeitenden Klassen zu führen und zu größerer Hochachtung vor diesen und einem stärkeren Bewußtsein der Volkssolidarität in Deutschland zu erziehen.

Daß derartige Bemühungen, neben den gewerkschaftlichen und wirtschaftlich organisatorischen Maßnahmen, so ungefähr das Wichtigste sind, was gerade in deutschen Verhältnissen angestrebt werden muß, daß sie einen Kernpunkt der bei uns zu überwindenden Schwierigkeiten, nämlich den vielfach unglücklichen Mangel an sozialem Empfinden und sozialer Einsicht bei unseren gebildeten und besitzenden Klassen und das vielfach turmhohe und unnahbare Kastengebüsch derselben treffen, darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Es erübrigt sich daher auch die Feststellung, daß einflussvolle Vertreter der Gewerkschaftsbewegung selbstverständlich mit beiden Händen zugreifen werden, um die genannten Bestrebungen zu fördern. Schon allein vom bloßen Standpunkte des Durchschlagsenerfolges der gewerkschaftlichen Bestrebungen, um allgemeinere Gesichtspunkte nicht zu erinieren, ist eine derartige Förderung dringlich, von größeren Gesichtspunkten staatsbürgerlicher Natur ganz zu schweigen.

Als eine neuere Form dieser sogenannten sozial-studentischen Versuche ist die vom Sekretariat sozialer Studentenarbeit (W.-Glabach, Sandstr. 5) aus in die Wege geleitete sogenannte Residenzarbeit, die darin besteht, daß Studenten für einen Monat ihre Heimat verlassen und sich in einen sozialen Arbeitsorganismus einarbeiten. Als solcher kommt in Betracht: Gesellenhaus, Industriepfarrhaus, Auswandererstation, Volksbibliothek, Arbeitsnachweis, Fürsorgehaus, Krüppelheim, Arbeitersekretariat und Gewerkschaftsbureau. In Anlehnung an letzteres kann der Residenzarbeiter einen Blick in die Bureautätigkeit, in das Kassenwesen, in die Organisation, in Vertrauensmännerversammlungen, in agitatorische Arbeit, in die Tätigkeit der gegnerischen Organisationen, in soziale Wahlen, in Wohnungsverhältnisse der Proletarier, in Ideen- und Gefühlswelt der Arbeiter wie der Gewerkschaftsbeamten bekommen. Der nächste Termin zum Beginne der Residenzarbeit ist der 1. März 1911. Wir bitten daher unsere Gewerkschaftsbureaus, die bereit sind, einem Residenzarbeiter für die Dauer des Monats März zur Erreichung obiger Kenntnisse und Beziehungen behülflich zu sein, uns umgehend davon Mitteilung zu machen, da bis zum Beginne der Residenzarbeit (am Orte selbst unentgeltlicher Aufenthalt — Kost und Logis —) noch festgelegt werden muß.

Die Studenten selbst, die die Arbeit übernehmen, seien der Sympathie der Arbeiterschaft bestens empfohlen. Sie können übrigens als Leiter heimatischer Arbeiterkurse am Orte selbst auch ihrerseits sich im Interesse der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder, sowie des Arbeiterstandes überhaupt, wieder nützlich machen.

Arbeitgeber-Arbeitsnachweise in der Textilindustrie. Wie sehr die Frage der Arbeitsvermittlung auch für die Textilarbeiterchaft an Bedeutung gewinnt, geht aus dem Geschäftsberichte hervor, den der Syndikus Dr. Lehmann aus Nachen in der letzten Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie“ erstattet hat. Er führte über die Arbeitsnachweisfrage u. a. aus:

„Sein besonderes Augenmerk wandte der Vorstand auch im Berichtsjahr wiederum der Ausgestaltung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise zu. Wo sich in den Bezirken die Gelegenheit bot, ist seitens der Geschäftsleitung darauf hingewiesen worden, welche große Bedeutung diese Arbeitsnachweise für unsere Arbeitgeberinteressen zu beanspruchen hätten, und daß in denjenigen Orten, wo solche Arbeitsnachweise noch nicht ins Leben gerufen worden seien, das Bedürfnis der Einrichtung doch ernstlich geprüft werden möchte. Daß gut geleitete und demgemäß auch gut funktionierende Arbeitgeber-Arbeitsnachweise nicht in allen Gegenden ohne weiteres am Platze sein mögen, darüber gehen die Meinungen wohl nicht auseinander. Andererseits aber verdient die Tatsache, daß die sozialdemokratische Textilarbeiterchaft Arbeiter-Arbeitsnachweise in einem großen Maß über ganz Deutschland zu verbreiten bemüht ist, unsere aufmerksame Beachtung, da es den Unternehmer nicht gleichgültig lassen kann, ob er oder die organisierte Arbeiterschaft die Verfügung über die Arbeitskraft in der Hand hat.“

Dr. Lehmann bemerkt dann noch, daß Vertreter des Verbandes an allen von der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände abgehaltenen Arbeitsnachweis-Konferenzen teilgenommen haben und namentlich von den Nachweisen des Verbandes deutscher Metallindustrieller, der bekanntlich in vielen Orten Zwangs-Arbeitsnachweise nach dem Hamburger System eingerichtet hat, sehr erbaunt worden seien.

Wegen ihrer eigenartigen Verhältnisse ist ja in der Textilindustrie die Einrichtung von einseitigen Arbeitsnachweisen schwierig, sowohl für die Arbeitgeber als für die Arbeiter. Der Arbeitsnachweis des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes steht heute noch nur auf dem Papier, und auch Arbeitgeber-Arbeitsnachweise trifft man nur vereinzelt. Aber wir dürfen uns doch nicht der Täuschung hingeben, daß die Bemühungen unserer „freien“ Konkurrenzorganisation und die intensive Arbeit der organisierten Arbeitgeber die Schwierigkeiten doch nicht überwinden würden. Das gilt namentlich für die Arbeitgeber, deren Möglichkeit in der Durchführung solcher Arbeiter-Arbeitsnachweise zumimmt in dem Maße, als die Arbeitgeber mehr in die Verbände hineingehen und gegenüber den Arbeiterbestrebungen geschlossener dastehen. Für die christliche Textilarbeiterchaft läge dann doch — wenigstens für viele Industriebezirke — die Gefahr vor, von dem sozialdemokratischen Arbeitsnachweis einerseits und dem Arbeitgeber-Arbeitsnachweis andererseits in ihrer Bewegungsfreiheit ganz bedeutend gehemmt zu sein.

Wir müssen uns frühzeitig mit den Dingen beschäftigen, damit wir nicht von der Gefahr überrascht werden, bevor wir die Arme zur kräftigen Gegenwehr angelegt haben. Wir müssen uns grundsätzlich gegen den einseitigen Arbeitsnachweis wenden, einerlei, ob er von Unternehmern oder von Arbeitern eingerichtet wurde. Wir können das umso mehr tun, als gerade in der Textilindustrie eine wirklich brauchbare Arbeitsvermittlungsinanz auf die sachmännliche Mitarbeit beider Teile, der Arbeiter und der Unternehmer, angewiesen ist.

Ist der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg neutral? Der Verband westdeutscher Konsumvereine, (Sitz Mülheim a. Rh.), der vor allem die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Konsumvereine umfaßt, hat durch seine Erfolge den Hohn der Hamburger herausgeschrien. Aber trotz all der schönen Artikel, die der Generalsekretär des Zentralverbandes in letzter Zeit vom Stapel gelassen hat und durch die er die politische Neutralität seines Verbandes zu beweisen sucht, muß dieser Versuch heute als mißlungen bezeichnet werden, indem durch die vom „Verband westdeutscher Konsumvereine“ festgestellten Tatsachen bewiesen wird, daß es sich hier nur um ein Scheinmanöver handelt und daß nur das bestehende Genossenschaftsgesetz den Hamburger Verband an einem noch engeren Baktieren mit der deutschen Sozialdemokratie hindert, weil es den Konsumvereinen die politische Betätigung verbietet. Dasjenige, was bis heute in dieser Hinsicht vorliegt, genügt aber vollkommen, um alle nicht auf sozialdemokratischem Boden stehende Konsumvereine erkennen zu lassen, daß sie nicht nach Hamburg gehören, wo eine Schein-Neutralität den Deckmantel bildet, um in Wirklichkeit sozialdemokratische Bestrebungen zu unterstützen. Denn nichts anderes bedeutet die vollständige Ausschaltung der christlichen zu Gunsten der „freien“ (sozialdemokratischen) Gewerkschaften bei Tarifvertragsverhandlungen. In einer auf dem Genossenschaftstage in Düsseldorf 1907 abgegebenen offiziellen Erklärung des Zentralverbandes heißt es bezgl. der Frage der Tarifverträge ausdrücklich:

„Selbstverständlich dürfen wir Verbände, welche eine bestimmte Weltanschauung, z. B. die christliche, als die allein richtige anerkennen, nicht als tarifunfähig betrachten, sondern wir müssen uns sagen, auch derjenige, der keine christliche Weltanschauung hat, muß als Mitglied in den Verband aufgenommen werden können.“

Das bedeutet also nichts anderes, als daß die christlichen Gewerkschaften für den Zentralverband nicht in Frage kommen können. Und tatsächlich hat denn auch der Hamburger Verband in Konsequenz dieser Stellungnahme bis heute keine Tarifverträge mit christlichen Gewerkschaften abgeschlossen. Durch einen Anschluß an den Hamburger Verband würden also die in den Konsumvereinen vertretenen christlichen Arbeiter die systematische Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation gutheißen. Eine derartige Selbstironie muß unbedingt an dem gesunden Sinn unserer christlichen Arbeiterschaft scheitern.

Daß es dem Zentralverband in Hamburg um ein Hand-in-Handarbeiten mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun ist, ergibt sich weiterhin aus der von seinem Vorstandsmitglied von Elm auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen eingebrachten Resolution, worin die Forderung erhoben wurde, daß die Konsumvereine-Organisation ein Mittel zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft sein solle, daß sie einheitlich mit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gegen den Kapitalismus zu kämpfen habe. In der auf dieser Tagung unter Aufsicht leitender Kreise des Zentralverbandes in Hamburg zustande gekommenen Resolution werden die Arbeiter aufgefordert, in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken. Diese Resolution fand dann auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Hamburg wiederum die volle Zustimmung der Anhänger der Hamburger Richtung.

Durch diese wenigen Ausführungen wird bewiesen, ein wie enges Verhältnis zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg und der deutschen Sozialdemokratie besteht. Dieses gegenseitige Baktieren mußte notwendig zu einer Scheidung der Geister innerhalb der Konsumgenossenschaftsbewegung führen, die durch Gründung des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine“ perfekt wurde. Trotz der kurzen Zeit seines Bestehens umschließt dieser Verband heute schon 80 Konsumvereine und steht hiemit an der Spitze der Konsumvereinsverbände von Rheinland und Westfalen. Kein Wunder daher, daß der Zentralverband sowie sein Unterverband, der Verband der Konsum- und Produktiv-Genossenschaften in Rheinland und Westfalen, ihm diese Erfolge zu vergällen suchen. Aufgabe der Anhänger christlicher Organisationen ist es aber, die Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine durch den Anschluß weiterer Vereine immer mehr zu stärken.

Die französische Republik — der reaktionärste Winkel Rußlands. Der Sozialdemokratie erscheint die republikanische Staatsform im Gegensatz zur monarchischen als das Ideal der Staatsverfassungen. Die Forderung auf Beseitigung der Monarchie von der Republik liegt im sozialdemokratischen Programm begründet, und die Vertreter dieses Programms scheuen sich auch gar nicht, die Fahne des Republikanismus vor aller Deffektivität zu entrollen. Nun haben diese „echten Söhne der Demokratie“ recht oft viel „monarchisches Wasser“ in ihren „republikanischen Wein“ gießen müssen. Babel hat schon vor Jahren auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam erklärt, daß es im monarchischen Deutschland für die Arbeiter in vielen Punkten besser auszuhalten sei, wie in mancher Republik. Und als des alten Liebknechts radikaler Sohn kürzlich eine Studienreise durch Amerika gemacht hatte, erklärte er seinen verblüfften Genossen, daß er im freien Amerika gelernt habe, deutscher Patriot zu werden. In der „freien“ Gewerkschaftspressen fängt's nicht minder zu dämmern an. Im sozialdemokratischen „Schuhmacherschablatt“ ist zu lesen:

„In der „freien Republik“ Frankreich wütet die schwarzste Reaktion. Es war dem energischsten Propagandisten des gewalttätigen Generalstreiks und späteren Verräter, Minister Briand, beschieden, die reaktionären Ministerien, Meline, Dupuy usw. zu übertrumpfen. Regierung, Richter und Unternehmerrliquen weiteffern gegenseitig in der schärfsten Bekämpfung und in der niedrigsten und ungeriestesten Drangsalierung der Arbeiterklasse. Und das in der „freien“ Republik, in der man an allen Ecken, an allen offiziellen Gebäuden — auch an den Gefängnissen — die herrlichen Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ lesen kann. Wahrlich, man denkt nicht in der französischen Republik zu leben, die ihre demokratischen Einrichtungen in blutigen und glorreichen Revolutionen erkämpft und befestigt hat, sondern im reaktionärsten Winkel Rußlands oder einer anderen finsternen Monarchie.“

Zunächst ist hierbei hervorzuheben, daß es das sozialistische Frankreich ist, das Land, das bereits drei sozialistische Minister hatte und in dem zur Zeit ein „Genosse“ das Ruder führt, das hier von dem „Schuhmacherschablatt“ mit dem reaktionärsten Winkel Rußlands verglichen wird.

Allerdings will man Briand, den Ministerpräsidenten, nicht mehr zu dem wirklichen „Genossen“ rechnen. Sein Vorgehen bei dem letzten Eisenbahnerstreik und seine letzten ministeriellen Taten entsprechen seiner früheren radikalen Gesinnung ja auch wenig; aber damit weiß man auf eine andere Seite der Sache hin, nämlich darauf, daß das Strebertum, daß die Demagogie nirgends so fruchtbaren Boden findet, als in der weitgespannten Demokratie. Frankreich ist nicht in letzter Linie gerade wegen seiner „demokratischen“ Staatsform so korrupt geworden. In Frankreich hat die Republik zur totalen Fäulnis im Staatsorganismus geführt, so daß es bis weit über die Landesgrenzen hinaus stinkt. Und daß die Republik Amerika eher alles andere ist als ein „gelobtes Land“ für die Arbeiter, muß selbst der radikale Sozialist Liebknecht zugeben. In der Republik Amerika regiert nicht das Volk, sondern der Tyrann „Dollar“.

Bei uns in Deutschland ist gewiß nicht alles Gold, aber derartige Zustände sind hier doch unmöglich.

Darum sind für die christliche Arbeiterschaft allein schon aus diesen Zweckmäßigkeitsgründen — von anderen Gesichtspunkten ganz abgesehen — Vaterland und Monarchie engverwachsene Begriffe

Sozialdemokratie und Krankenkassen. Einen lehrreichen Beitrag zu diesem vielörterten Kapitel haben die Sozialdemokraten in der Ortskrankenkasse Offenbach a. M. geliefert.

Seit 1900 hatte ein verdienter und für das Amt sehr geeigneter Mann, namens Jakob Streb, den Geschäftsführerposten inne. Er verstand es, die Kasse in wirklich gemeinnütziger Weise und zur Zufriedenheit der Mitglieder zu verwalten, so daß er bei jeder Wiederwahl, zuletzt noch Anfang 1908, einstimmig wiedergewählt wurde. Das gute Verhältnis innerhalb der Ortskrankenkasse änderte sich jedoch in der Stunde, als der Geschäftsführer Streb im April 1908 aus der sozialdemokratischen Partei austrat und den bisher innegehabten Vorsitz im sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband niederlegte. Von diesem Moment an war er in den Augen seiner bisherigen Genossen auch nicht mehr fähig, die Geschäfte der Ortskrankenkasse zu führen. Durch eine systematische Wählerarbeit, durch offene und versteckte Angriffe von sozialdemokratischer Seite wurde er buchstäblich hinausgeekelt; er legte am 1. Dezember 1910 seinen Posten „freiwillig“ nieder. An seine Stelle kam ein früherer Parteibudiler und Flaschenbierhändler, dessen Fähigkeiten im Verwaltungsdienst zunächst nur in der majestätischen roten Farbe bestehen. Nun sage noch einer, daß die unschuldsvolle Sozialdemokratie jemals Parteipolitik in die Selbstverwaltung der Krankenkassen hineinbringe!

Die Folgen des sozialdemokratischen Klüngels in Offenbach zeigen sich jetzt darin, daß bisher zur Ortskrankenkasse gehörige größere Betriebe auscheiden und eigene Betriebskrankenkassen gründen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Ortskasse erheblich beeinträchtigt wird. Den Schaden haben somit nur die Mitglieder zu tragen, die sich dafür bei den sozialdemokratischen Fanatikern bedanken können.

Plötzlich entlassen hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband seinen Geschäftsführer in het Pannhuis in M.-Gladbach und seinen Geschäftsführer Pfaff in Rheyd.

Ueber den Grund der plötzlichen Entlassung dieser beiden „unentwegten Christentöter“ spricht man in Arbeiterkreisen allerlei. So soll Pannhuis sehr dem Trunke ergeben sein. Ueber die Dinge, die alle vorgefallen sind, bewahrt der „deutsche“ Verband tiefes Schweigen.

Aus unserer Industrie.

Aus der Baumwoll- und Leinenbranche.

Die Hoffnungen, die man auf das Wirtschaftsjahr 1910 setzte, haben sich im allgemeinen keineswegs erfüllt. Zwar kann man über die Flüssigkeit des Geldmarktes nicht gerade klagen, aber daß er zu besonderen Unternehmungen reizte, kann nicht gesagt werden. Das zeigt sich in erster Linie an der Börse. Hier herrscht schon seit Monaten eine Ruhe, die vor jeder Spekulation zurückschreckt.

Auch die Stimmung auf dem

Baumwollmarkt

machte hiervon keine Ausnahme. Von dem Hauptplatz für Baumwolle auch für den Kontinent — Liverpool — wird diese Auffassung durchaus bestätigt. Nicht wenig zu der abwartenden Haltung mag die Ungewißheit über den Ausfall der Baumwollernte beitragen. Diese ist von nun so größerer Bedeutung, als das letzte Jahr fast eine Missernte gebracht hatte. Die Schätzungen für dieses Jahr lauten meist gegen 12 Millionen Ballen, eine Zahl, die nicht als genügend erachtet wird, da die Versorgung der Industrie mit Baumwolle schon im letzten Jahr Schwierigkeiten gemacht hat. Dazu kommt noch, daß die unsichtbaren Vorräte sichtlich eine große Abnahme zu verzeichnen haben, was aus der verminderten Einfuhr an Baumwolle hervorgeht. Nach der amtlichen Taxation in Washington erreicht nun die Baumwollernte nicht einmal die gewöhnliche Höhe, sondern bleibt noch viele Millionen Ballen zurück. Auch aus Frankreich, besonders aus Le Havre, wird berichtet, daß das Geschäft am Markt sehr ruhig ist, obgleich sich teilweise ein Nachlassen der Preise durchsetzt.

Die

Berichte von Baumwollspinnereien.

Die mir vorliegen, sprechen sich durchweg keineswegs günstig über die derzeitige Marktlage aus. Hohe Rohstoffpreise paaren sich mit nur mäßigen, teilweise durchaus ungenügenden Fabrikatpreisen. So berichtet die Baumwollspinnerei Solbermoor, daß sie zeitweise mit Verlust von 12 bis 15 Pfg. pro Pfund Garn gearbeitet habe. Allerdings, nach dieser Klage lautet das Ergebnis, das der Geschäftsbericht bringt, etwas überraschend. Der Reingewinn beträgt einschließlich eines Vortrages von 106418 M. (81195 M. im Vorjahre) und nach Abschreibungen von 170000 M. (150000 M. i. V.) 295518 M., aus dem wie im vorigen Jahr wieder 9 Proz. Dividende verteilt werden. Im Vergleich mit dem Vorjahre hat der Reingewinn eine Abnahme von 178925 M. erfahren.

Ein ähnlich ungünstiges Resultat weist die Hann. Retter Spinnerei und Weberei Augsburg auf.

Noch 1908 betrug der Reingewinn 396021 M., 1909 sank er auf 151858 M. und im verfloffenen Jahre auf 128196 M., wovon 20196 M. vorgetragen werden. Aus dem verbleibenden Rest werden 7% Dividende verteilt gegen 10 1/2% im Vorjahre.

Trotz dieser relativ ungünstigen Ergebnisse können Anzeichen für eine allgemeine Besserung in der Baumwollindustrie nicht geleugnet werden. Schon seit zirka einem halben Jahr macht sich ein Anziehen der Preise stark bemerkbar. Dazu kommt noch, daß unzweifelhaft auch die Nachfrage eine regere geworden ist. Aus England wird berichtet, daß die Baumwollspinner wesentlich höhere Preise bei gesteigerter Nachfrage erzielen. Frankreich spricht sich in demselben Sinne aus, doch seien die Preise keineswegs günstig. Während die Wollengewerbe in England eine recht ruhige Zeit haben, wird von Frankreich gemeldet, daß sich die Lage gebessert habe.

Ein Bild von der keineswegs beneidenswerten Lage der österreichischen Baumwollwebereien

zeigt uns die Absicht, eine allgemeine Betriebsreduktion von 25% durchzuführen. Mit dem 1. April sollte der Beschluß zur Ausführung kommen. Es scheint aber, als ob daraus nichts werden soll. Für mindestens 80000 Webstühle müssen bindende Verpflichtungen eingegangen sein. Dies ist aber bis jetzt nicht geschehen. Die Anmeldefrist wurde bis Ende Januar verlängert. Zur Stunde liegt noch keine Nachricht über das Ergebnis vor, doch ist, wie gesagt, anzunehmen, daß es nicht zur Ausführung dieses Beschlusses hinreicht. Wir können aus dieser Tatsache vielleicht auch auf eine Besserung in der österreichischen Baumwollindustrie schließen.

Aus dem Hauptlande der Baumwollindustrie, den Vereinigten Staaten, kommt die Nachricht, daß ein Kartell zur Feststellung der Preise mit dem 2. Januar ins Leben getreten ist. Es ist beabsichtigt, eine allgemeine Betriebsreduktion in der Baumwollindustrie durchzuführen. Ob das erwähnte Kartell hierbei die Hand im Spiele hat, ist mir unbekannt, doch scheint es mir zweifellos. Eine Betriebsreduktion könnte auf den Baumwollmarkt nur günstig wirken und besonders der deutschen Industrie zufließen kommen. Die Nachfrage nach Baumwolle würde schon bei einer kleinen Betriebsreduktion doch eine wesentliche Abschwächung erfahren. Von welcher Bedeutung das wäre, wird klar, wenn wir bedenken, daß die amerikanische Baumwollindustrie einen jährlichen Verbrauch von 4707000 Ballen hat und der gesamte Weltverbrauch 11145178 Ballen Baumwolle beträgt. Amerika nimmt also weit über ein Drittel des Gesamtverbrauchs auf.

Während die Berichte aus der Baumwollindustrie wenigstens teilweise auf einen zusehrenden Ton gestimmt sind, läßt sich das von der

Leinen- und Flachsspinnerei

Leinewege sagen. Hier herrscht nur eine Meinung, sie ist eine durchweg pessimistische. Rußland ist der Hauptproduktionsort für Flach. Im Jahre 1907 lagen die Preise derart darnieder, daß die russische Regierung einen Kongress einberief, der im Jahre 1908 stattfand, ohne einen bestimmten Erfolg herbeizuführen. Vom 26. Dezember 1910 bis 6. Januar wurde in Moskau ein zweiter Kongress abgehalten. Ob er praktische Vorschläge gemacht hat, ist noch unbekannt. Das eine aber ist sicher — der russische Flach ist in den letzten Monaten im Preise stark gestiegen, so stark, daß die deutsche Industrie nicht mit Gewinn arbeiten kann und das, obgleich der Preis auch für Garne stark in die Höhe gegangen ist. Aber diese Erhöhung zieht in keinem Zusammenhang mit der des Flaches. Die „Textilindustrie“ ist der Ansicht, daß Betriebsreduktionen der Webereien unausbleiblich sein werden.

Wichtiger als diese immerhin nur lokale dürfte aber die

geplante internationale Betriebsreduktion

der Flachspinner sein. Der Kongress der europäischen Flachspinner hat in Gent den Beschluß gefaßt, eine allgemeine Betriebsreduktion, zunächst für die Dauer von drei Monaten, beginnend mit dem 1. April, einzuführen. Sie soll 10% der Produktion betragen. Bei der Beschlußfassung wurde betont, daß man noch für 9 Monate hinreichend mit Rohstoff versehen sei, der noch länger bei Durchführung der geplanten Betriebsreduktion aushalte. Man darf gespannt sein, ob die Ausführung des Beschlusses, an dem natürlich auch der Arbeiter ein großes Interesse hat, notwendig sein wird, oder ob angesichts der für sie bedrohlichen Lage sich die russischen Interessenten besinnen und den Preis herabsetzen. Dies darf man nun so mehr erwarten, als auch die russische Ernte nicht hinter der früheren zurückzufallen scheint. Im Dezember sind übrigens noch zahlreiche Abschlüsse getätigt worden, wie denn überhaupt, was Aufträge anbetrifft, die Lage als günstig bezeichnet werden kann.

Zum Schluß sei noch eines angeführt. Es macht sich vernehmlich das Bestreben geltend, anfänglich des Heimarbeiterschutzgesetzes Vornahme in Unternehmerteile zu tragen. Dieses Vorgehen ist gar nicht zu unterschätzen. Wir hören da von Schreibwerk, Beschäftigungen usw. Sollte es wirklich nur das sein, was die Unternehmer absprechen? Ich wenigstens glaube das nicht. Vorzüglich geht man dem eigentlichen Kern der Sache — der Lohnfrage — aus dem Wege. Daß die deutsche Textilindustrie durch das Zustandekommen des Heimarbeiterschutzgesetzes zu Grunde gehen werde, glaubt kein Mensch.

Aus dem Verbandsgebiete.

Redaktionschluss!

Damit mit dem Versand der Zeitungen so früh begonnen werden kann, daß die Ortsgruppen sie rechtzeitig bekommen, sind wir gezwungen, die Redaktion bereits

Montags morgens 10 Uhr

zu schließen. Alle für das Organ bestimmten Zuschriften, die später einlaufen, können für die Nummer der betr. Woche keine Aufnahme mehr finden. Längere Zuschriften müssen bereits einige Tage früher bei der Redaktion eingegangen sein.

Ist in der Woche ein Feiertag, so muß für die betr. Nummer die Redaktion jedesmal Samstags abends geschlossen werden.

Die Redaktion.

An die Ortsgruppenvorstände!

Wir machen die Ortsgruppenvorstände darauf aufmerksam, daß die Bestellungen der Zeitungen spätestens bis Montags abends an die Zentrale eingeschickt werden müssen, wenn sie für die betr. Nummer noch berücksichtigt werden sollen.

Die Geschäftsstelle.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Neuentkirchen bei Rheine.

Der Streik beendet — der Aussperrungsbeschluss aufgehoben. Der Streik bei der Firma Heding ist beendet und insolge dessen der Aussperrungsbeschluss der Unternehmer aufgehoben worden. Am Montag, den 30. Jan., waren ein Vertreter der kgl. Regierung und der Herr Gewerberat Förster hier, die mit der Firma Heding und dem Arbeiterausschuß verhandelten. Zu einer Verständigung kam es aber nicht. Die Herren hatten aber den Arbeitern beim Fortgehen erklärt, daß sie zu jeder Zeit bereit seien, die Vermittlung weiter zu übernehmen. Am Dienstag morgen war unser Bezirksvorsitzender hier; nachdem dieser mit dem Arbeiterausschuß überlegt hatte, versuchte letzterer mit der Firma in Verhandlungen zu treten. Verbandsvertreter wurden von der Firma nicht empfangen. Die Verhandlungen fanden statt, die jedoch nicht ganz bald zu einer Einigung führen wollten. Endlich, gegen 4 Uhr nachmittags, konnte den Arbeitern das Endresultat mitgeteilt werden. Einstimmig wurden die Abmachungen von der Arbeitern angenommen. Schon am nächsten Morgen konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Damit tritt sowohl die örtliche als auch die Bezirksaussperrung nicht ein.

Wie sehr die Arbeiter von Neuentkirchen befriedigt sind, beweist, daß 1) sofort eine große Anzahl der Streikenden in eine höhere Beitragsklasse übertrat und daß 2) schon am Mittwoch eine große Anzahl bisher Unorganisierter den Weg zum Verbands fand.

Wir wollen diesen Bericht nicht schließen, ohne den Dank an unsere Mitglieder allerwärts und an unsere Mitbürger für ihre Sympathien uns gegenüber auszusprechen, womit wir den Wunsch verbinden, daß doch endlich im Münsterlande mal ein dauernder Friede einkehren möge. Möge man allerwärts die Organisation stärken, dann wird auch auf die Dauer deren Anerkennung erfolgen müssen.

Süchteln.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Efers (Stoffbetrieb) trafen, nachdem sie sich organisiert hatten, in eine Lohnbewegung ein, die erfolgreich war. In Betracht kamen bei der Bewegung vier Verbände; unser Verband hatte die meisten Mitglieder, dann der S.-D. Gewerbeverein, dann die „freie“ Vereinigung und schließlich der „deutsche“ Verband. Die Vertreter der drei erstgenannten Organisationen wurden vorstellig und trafen folgende Vereinbarung mit der Firma, die von der Weberschaft einstimmig gutgeheißen wurde.

Ein Stuhl Lohn.

Jetzt pro Meter: Früher pro Meter:
24/2 Draht für 75-79 Schuß 15 Pfg.; für je 5 Schuß mehr 1 Pfg. mehr; für je 10 Schuß weniger 1 Pfg. weniger.
24/2 Draht für 80-89 Schuß 16 Pfg.; für je 10 Schuß mehr 1 Pfg. mehr.

Was dieser Erfolg für die Belegschaft bedeutet, zeigen folgende Zahlen:

Früherer Lohn:	Jetziger Lohn:	Jetziger Lohn:
80/83 Sch. 16 Pfg.	89/84 Sch. 16 Pfg.	145/149 Sch. 29 Pfg.
90/99 " 17 "	85/89 " 17 "	150/154 " 31 "
100/109 " 18 "	90/94 " 18 "	155/159 " 31 "
110/119 " 19 "	95/99 " 19 "	160/164 " 32 "
120/129 " 20 "	100/104 " 20 "	165/169 " 33 "
130/139 " 21 "	105/109 " 21 "	170/174 " 34 "
140/149 " 22 "	110/114 " 22 "	175/179 " 35 "
150/159 " 23 "	115/119 " 23 "	180/184 " 36 "
160/169 " 24 "	120/124 " 24 "	185/189 " 37 "
170/179 " 25 "	125/129 " 25 "	190/194 " 38 "
180/189 " 26 "	130/134 " 26 "	195/199 " 39 "
190/199 " 27 "	135/139 " 27 "	usw.
usw.	140/144 " 28 "	

Dazu kommt für den zweiten und dritten sowie für jeden weiteren Baum 1 Pfg. mehr, für die zweite und jede weitere Spule 1 Pfg. mehr; für handgeschorene Ketten 24/2 und darüber 1 breit 1 Pfg., 2 breit 2 Pfg. mehr, für doppeltbreit 50% mehr; für Mustermachen doppelten Lohn, mindestens Durchschnittsverdienst vom letzten Vierteljahr; für Warten auf einen Stuhl vom zweiten Tage an Einshuhlohn; für 300 Drähte mehr einfach geschoren, für 450 Drähte doppelt

gehoren je 1 Pfg. mehr; Garnisch einarbeiten bis 25/2 1 M., bis 24/4 2 M., darüber 3 M.; für Unglücksfälle und Drähtabschlagen 32 Pfg., 30 Pfg. und 25 Pfg. pro Stunde. Der Tagelohn wird erhöht von 2,50 M. auf 3 und 3,20 M. Unter 16 Jahre alte Arbeiter erhalten 2,50 M. Umdecker erhalten ebenfalls einen schönen Zuschlag und Stundenlohn wie die Weber. Passieren und Nietstehen ist auch im Tarif geregelt. Für Drucksetzer werden 2 Pfg. bezahlt (extra). Mit Ausnahme von Punkt 2, 5, 6, erster Teil 8, 14 und 15 alles Verbesserungen. Bei dem Zweifelhafsystem 25% weniger (wie früher auch).

Wenn man bedenkt, daß die Belegschaft noch nicht lange organisiert war, dann fällt der Erfolg doppelt schwer ins Gewicht. Hoffentlich bleiben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation, die ihnen die Erfolge erringen half, treu.

Es ist dieser Erfolg der vierte innerhalb Jahresfrist in den Stofffabriken auf dem Lande, wo die christlich organisierten Arbeiter die Mehrheit hatten. Lohn-erhöhungen wurden geholt bei Königsberger-St. Lönis, Dettler-Schieffhahn, Lange-Urath und Ebers-Süchteln.

Ob es den Stoffwebern in Krefeld bald zu dämmern beginnt? Oder wollen sie sich noch immer im Schmollwinkel halten und von unverantwortlichen Personen von der Pflicht, sich zu organisieren, abhalten lassen.

Daß Erfolge möglich sind, zeigen obenstehende Resultate; Voraussetzung ist allerdings ruhiges, allmähliges Vorgehen, Abwarten des geeigneten Zeitpunktes und Disziplin. Mit Dreschen von Phrasen oder Hinwerfen der Brocken und Schelten auf die Führer erreicht man nichts. Stoffweber und Weberinnen von Krefeld, hinein in den Verband christlicher Textilarbeiter; der verspricht euch zwar nicht das Blaue vom Himmel herunter, aber er versucht desto entschiedener, eure Lage allmählig besser zu gestalten!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aachen-Wurtscheid. Zum Vorsitzenden unserer Ortsgruppe ist Kollege Leonard Dahmen gewählt. Alle Mitteilungen in der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind an seine Adresse, Aachen-Wurtscheid, Mühlenbergstraße 4, II. C. zu richten.

Muggsburg. Die am 15. Jan. abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Nach Berichterstattung des Vorstandes und Kassierers wurde letzterem Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab eine nur kleine Veränderung. Besonders wichtig war die Einverleibung der Ortsgruppe Oberhausen-Kriegshaber. Infolgedessen wurde auch der Ausschuss erweitert. Auch wurde ein Agitationskomitee gebildet.

Bocholt. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe fand am 22. Jan. statt. Sie war gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß seit längerer Zeit in unserer Ortsgruppe ein reges Leben herrscht. Es fanden 23 Vorstandssitzungen und 10 Vertrauensmännerversammlungen im Berichtsjahre statt. In der letzten Zeit ist man dazu übergegangen, für gewisse Branchen kleine Konferenzen abzuhalten, und zwar mit gutem Erfolg. Ferner fanden im vergangenen Jahre 42 Fabrikbesprechungen statt. Wenn wir auch im vergangenen Jahre keine größeren Lohnbewegungen erzielt haben, so ist doch manches durch die Organisation erreicht worden. Es sind Verschlechterungen verhütet und Verbesserungen erzielt worden. Wenn wir manches nicht im Laufe des Jahres berichteten, so lag der Grund darin, daß es teilweise von unsern Kollegen nicht gewünscht wurde und weil andererseits dem Ortsgruppenvorstande nicht immer die notwendige Mitteilung gemacht wurde. An dieser Stelle wollen wir bemerken, daß das Verhalten einiger Firmen hier am Orte zu öffentlicher Kritik geradezu herausfordert. Unter anderem sind stichhaltige Gründe für die Annahme vorhanden, daß in einer Fabrik eine systematische Abschreibung unserer Verbandsmitglieder erfolgt. Wenn wir vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen, so geschieht es in dem Gedenken, nach Möglichkeit im Frieden zu leben. Wir werden aber zu schärferen Maßnahmen genötigt sein, wenn keine Wendung zum Besseren eintritt. Ganz besonders hervorzuheben zu werden verdient noch, daß wir vom 1. Dez. bis heute einen Mitgliederzuwachs von 162 Personen hatten.

Dahlhausen (Wupper). In unserer am 8. Jan. abgehaltenen Generalversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Daraus ging hervor, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 111 auf 120 gestiegen ist. Mitgliederversammlungen fanden 9, Betriebsversammlungen 8, öffentliche 1, Vorstandssitzungen 10, davon 6 mit den Vertrauensmännern, Ausschusssitzungen 4 statt. Lohnbewegungen wurden 2 geführt. Sie erndeten beide mit teilweisem Erfolg. Das Organisationsverhältnis im oberen Wuppertal befriedigt uns nicht; von den fast 2000 Textilarbeitern sind nur 10 Proz. organisiert. Die Schwerindustrie bilden größtenteils die Arbeiterkolonien und das Mähdchenheim. Aber auch die Gleichgültigkeit und die Lässigkeit der Arbeiter der eigenen Sache gegenüber ist leider sehr groß. Man läuft hier allen möglichen Vereinen und Festlichkeiten nach und findet dadurch keine Zeit, darüber nachzudenken, wie sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern lassen. Mit Fluchen und Schimpfen werden die Verhältnisse nicht gebessert, sondern nur durch die gewerkschaftliche Organisation.

Düsseldorf. In Nr. 4 des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“ läßt eine bedrückte Seele 65 Zeilen über Düsseldorf Textilbetriebe vom Stapel. Wir sind die Lesenden, die behaupten werden, daß die Zustände in den hiesigen Betrieben so seien, daß man zufrieden sein könnte. Wir hätten, ungeachtet der bei sozialdemokratischer Kritik stets üblichen und auch hier zutreffenden Übertreibungen nichts gegen die dort geübte Kritik einzuwenden, wenn uns nicht der Vorwurf der Unaktivität gemacht würde. Der Einsender der Notiz, den wir sehr gut kennen, muß wohl viel geschlafen haben, während er in einem der angelegenen Betriebe beschäftigt war, sonst hätte er wissen können, daß wir die Belegschaft geradezu gedrängt haben, hier einmal Wandel zu schaffen. Wollte Unterstützung ist den Kollegen unseres Verbandes zugesagt worden. Aber die Hauptfrage für den Einsender, die Sucht den verhassten Christlichen wieder etwas anzuhängen, läßt ihn übersehen, daß es eine Unmöglichkeit ist, dort wo es notwendig wäre vorzugehen, so kaum 10% der Belegschaft organisiert ist. Die übrigen 90%, das muß auch ihm bekannt sein, setzt sich z. T. aus Gegnern der Organisation zusammen; eine Gegnerschaft, in der System liegt. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband am Plage hat doch auch schon versucht, die Interessen der Düsseldorfer Textilarbeiterschaft in die Hand zu nehmen. Außer einigen blamablen

Hereinkäufen ist ihm nichts gelungen als die Feststellung seiner Ohnmacht. — Die Notiz ging, wie vorausgesehen war, auch in die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ über. Hier klingt der Schlussatz der Kritik nach sozialdemokratischer Manier in die üblichen Phrasen von „Steuerbefreiung“, „Verbreitung von Lügenmärchen“ usw., aus. Die von uns verteilten Flugblätter müssen doch gelesen haben, das kann man aus den Wutausbrüchen des Einsenders entnehmen. Und daß sie gelesen haben, das war gut.

Erfsenbach (Pfalz). In Punkte Versammlungsbesuch scheinen sich unsere Mitglieder im neuen Jahre bessern zu wollen. Besonders die Kolleginnen waren in stattlicher Anzahl zu der Generalversammlung am 22. Jan. erschienen. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Kuhn nehmen wir u. a. folgendes: Die Gesamteinnahmen im vergangenen Jahre betragen 848,00 M., wovon 453,68 M. an die Zentralkasse abgeliefert wurden. An Unterstützungen wurden 299,55 M. verausgabt und 94,77 M. verbleiben an Ortsgruppenanteil. Das Ortsgruppenvermögen wurde von 4,14 M. am 1. Jan. 1910 auf 21,69 M. am 1. Jan. 1911 gesteigert. Die Mitgliederzahl wurde um 12 vermehrt. Da die Revisionen Bücher und Belege in bester Ordnung erklärten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die statutenmäßig auscheidenden Kollegen Zimmer und Kuhn wurden wieder, ferner die Kollegen Adolf Kohnmeyer, Johann Wiegel und eine Kollegin neu in den Vorstand gewählt. Joh. Wiegel wurde zum 1. Vorsitzenden, Kuhn zum Kassierer und Adolf Kohnmeyer zum Schriftführer gewählt. Kollege Wagner erstattete Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission und die Erfolge der Hausagitation. Er betonte besonders, daß nächstens wieder eine Hausagitation vorgenommen würde und hat um rege Beteiligung.

Fulda. Eine intensive Versammlungs- und Hausagitation, die von uns in den letzten Wochen hier und in der Umgebung entfaltet wurde, brachte uns bis jetzt 92 Mitglieder und fast täglich erfolgen noch weitere Beitritte zu unserm Verbands. Es kann nun, wenn auch diese Winteragitation noch nicht abgeschlossen ist, doch nur unserer Sache dienlich sein, wenn wir jetzt schon an dieser Stelle über einige Wahrnehmungen, die wir bei der Agitation gemacht haben, berichten.

In der ersten Agitationsbesprechung, die wir abhielten, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, für die Dauer der Agitation regelmäßig jeden Samstag Abend alle agitatorisch tätigen Mitglieder zu versammeln. Die regelmäßigen Agitationsbesprechungen hatten zunächst den Zweck, diejenigen Mitglieder, die sich in den Dienst der Agitation gestellt hatten, über die verschiedenen Formen der Hausagitation aufzuklären. Diesen Zweck erfüllten die Besprechungen, aber sie stärkten auch in der Hauptsache das Selbstvertrauen unserer fördernden Mitglieder, denn nur einige Mitglieder gingen mit froher Zuversicht und mit festem Glauben an den Erfolg ihrer Arbeit an die Hausagitation; die meisten dagegen waren wenig hoffnungsfroh und trauten sich selbst kaum zu, bei der Hausagitation noch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen zu können. Die bisherigen Erfolge unserer Agitationsarbeit haben uns aber wieder einmal recht deutlich gezeigt, daß es im Interesse unserer Arbeiterfrage liegt, wenn man im Gewerkschaftsleben niemals kleinmütig wird und nicht gleich fürchtet, alle Bemühungen zur Gewinnung neuer Mitglieder würden doch vergeblich sein.

Daß unter den Unorganisierten die Furcht vor dem Geschädigt- oder Gemahregelwerden noch sehr groß ist, haben wir ganz besonders wieder in den letzten Wochen beobachten können. Darum werden unsere Mitglieder noch viel mehr als bisher für eine gründliche Aufklärung unter den Unorganisierten sorgen müssen. Dabei können und müssen wir die Unorganisierten immer wieder daran erinnern, daß noch vor einigen Wochen in der hiesigen Filzfabrik auf Verreiben unseres Verbandes eine grundlos erfolgte Kündigung von einem Verbandsmitgliede wieder rückgängig gemacht wurde. Dem kündigungigen Kollegen wurde auch durch den Vertreter der Firma die Erklärung abgegeben, daß die Arbeiter sich organisieren und für ihren Verband auch agitieren dürfen. So steht in Wirklichkeit auch die hier von Sozialdemokraten behauptete „totale Ohnmacht“ der christlichen Gewerkschaften aus.

Von einzelnen Leuten, deren Denkfähigkeit nicht weiter reicht, wie ihre Nasenspitze, ist hier eine Gegenpropaganda entfaltet worden. Ob es denn diesen Arbeitern gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß sie durch ihr Vorgehen sich selbst in den Augen der Angehörigen anderer Stände herabsetzen? Unsere Mitglieder eruchen wir aber, für den Fall, daß die Betreffenden ihre Freiberieren nicht einstellen sollten, dieses sofort der Verbandsleitung zu melden.

Und nun zum Schluß noch ein offenes und freies, aber gutgemeintes Wort an alle die es angeht. Obgleich wiederholt alle in etwa zur Agitation befähigte Mitglieder zur Mitarbeit aufgefordert wurden, sind doch nur eine kleine Anzahl unserer Aufforderung gefolgt. Die Erfolge der Agitationsarbeit könnten viel größer sein, wenn nicht manche sonst ganz tüchtige Mitglieder sich grundlos von der Teilnahme an den Agitationsbesprechungen und der Teilnahme an der Hausagitation zurückgehalten hätten. Daß muß nun, und zwar schon recht bald, anders werden. Mehr, viel mehr Mitarbeiter! Weg mit der ganz verwerflichen Art von Bescheidenheit, die darin besteht, sich alles Unangenehme vom Halbe zu halten! Nur durch ausdauernde unermüdbare Mitarbeit aller Mitglieder wird und muß es uns schon bald gelingen, die vielen noch Fernstehenden von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

M. Gladbach - Lütlich. Unsere Generalversammlung wurde durch den Geschäftsbericht des Vorsitzenden sehr interessant. Durch die intensive Agitation nimmt die Zahl der Mitglieder bedeutend zu. Als nächste Aufgabe ist eine besondere Agitation unter den Arbeiterinnen ins Auge gefaßt. Hierzu haben sich in erfreulicher Weise eine ganze Anzahl von Kolleginnen zur Verfügung gestellt. Hoffentlich wird ihre Arbeit von einem guten Erfolg begleitet sein. Nachdem der Kassierer den Kassierbericht vorgelesen und ihm Entlastung erteilt worden war, hielt der Gewerkschaftssekretär Kollege Senzen einen wohlüberdachten und interessanten Vortrag über die Wichtigkeit der zu tätigenen Wahlen. Aus diesen ging der Kollege Wimmers als Vorsitzender wieder und zwei Kolleginnen neu hervor. Hoffentlich werden die Kolleginnen sich jetzt auch mehr für die Gewerkschaftsfrage interessieren. Nachdem noch die sonstigen Wahlen getätigt waren, ermunterte der Vorsitzende die Mitglieder zu noch regerer Tätigkeit und stärkerem Besuch der Versammlungen. Letztere sollen in Zukunft noch anregender wie bisher gestaltet werden.

Dehn. In unserer Generalversammlung konnte die Leitung der Ortsgruppe einen erfreulichen Jahresbericht mitteilen. Die Mitgliederzahl stieg von 40 auf 103. Die planmäßig vorgenommene Hausagitation brachte einen Zuwachs

von 45 Mitgliedern. Bei der Vorstandswahl wurde der Vorsitzende Jos. Leuchter wieder und die Kollegen Herm. Dellers als Kassierer, Jakob Dreyesen als Schriftführer und Heinr. Leblanc als Beisitzer neu gewählt. Der Gewerkschaftssekretär Kollege Müller hielt dann eine kurze Ansprache.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Unterstützungen nur freitags und samstags, abends von 7—9 Uhr, beim Kassierer ausbezahlt werden. Krankenunterstützung wird nur gegen Vorzeigung der ärztlichen Bescheinigung, Arbeitslosenunterstützung nur gegen schriftliche Anweisung des Vorsitzenden gezahlt. Die Anmeldung der Unterstützungs-fälle erfolgt in der Weise, wie es bisher geschah.

Seidenheim a. d. Brenz. Unsere Generalversammlung tagte am 15. Jan. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß die Mitgliederzahl sich in aufsteigender Linie bewegt. Der Bezirksleiter, Kollege Kammerer, redete besonders jenen Kollegen ins Gewissen, welche es das ganze Jahr nicht für notwendig halten, eine Versammlung zu besuchen. Wie sei es denn möglich, daß diese Leute zu all den schwebenden Fragen innerhalb der Arbeiterbewegung Stellung nehmen könnten, wenn sie achtlos daran vorüber gingen? Auch müsse der Agitation unter den Arbeiterinnen mehr Beachtung geschenkt werden. Von den 50000 in der württembergischen Textilindustrie beschäftigten Personen sind 30000 Arbeiterinnen, davon etwa 15000 unter 21 Jahren. Davon können noch Tausende für uns gewonnen werden. Wir erwarten nun von unseren Leuten, daß sie von jetzt an pünktlich und regelmäßig die Versammlungen besuchen.

Söckingen. In unserer letzten Generalversammlung hielt der Bezirksvorsitzende Hermez einen Vortrag über die augenblickliche wirtschaftliche Lage. Im Anschluß hieran wies er auf die Aufgaben hin, welche die einzelnen Funktionäre unseres Verbandes zu erfüllen hätten. Zum Schluß forderte er alle Anwesenden auf, die Arbeit der Vorstände und Vertrauensmänner zu unterstützen und in der Agitation rege mitzuwirken. Seine Ausführungen wurden in der Diskussion von dem Kollegen Rüttgers unterstützt. Bei der nun folgenden Wahl wurden die auscheidenden Kollegen fast alle wiedergewählt. Am auch den Kollegen aus Wanto entgegenzukommen, wurde von dort der Kollege Schröder in den Vorstand gewählt.

Stils. Am 15. Jan. hielt unsere Ortsgruppe eine sehr gutbesuchte Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht sei folgendes angeführt: Die Gesamteinnahme d. J. betrug 3360,90 M. An Krankengeld wurden 266,20 M. ausbezahlt, an Arbeitslosenunterstützung 19,20 M., an Sterbegeld 125 M. Der Ortsgruppenkassenbestand beträgt 589,11 M. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 211. Im Laufe des Jahres haben wir 19 Mitglieder gewonnen. Zeitungsabonnenten haben wir 3. Zu fünf Konferenzen hat unsere Ortsgruppe Delegierte entsandt. 11 Vorstandssitzungen und 6 Mitgliederversammlungen fanden statt, außerdem 1 öffentliche Versammlung mit den übrigen christlichen Organisationen des Ortes. Der Unterrichtskursus wurde fleißig besucht. Nachdem die Vorstandswahlen getätigt und eine Frage bezgl. der Handhabung der Arbeitslosenunterstützung beantwortet war, wurde die Versammlung geschlossen.

Stüdingen. Am 22. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Jahresbericht nehmen wir folgendes Mitgliederstand am 1. Jan. 1910 39; neu aufgenommen 82 Mitglieder; ausgetreten im Laufe des Jahres 32 Mitglieder; fortgezogen 4 Mitglieder; gestorben 1 Kollegin; übergetreten in den christlichen Metallarbeiterverband 4 Mitglieder; ferner übergetreten in den christlichen Tabakarbeiterverband 7; es bleibt eine Mitgliederzahl am 1. Jan. 1911 73. An Krankenunterstützung wurde im Laufe des Jahres ausbezahlt 117,90 M., Sterbegeld 20 M., Streikunterstützung 6,45 M. Der Verband richtete im Laufe des Jahres eine Eingabe an das Bürgermeisteramt betr. Errichtung eines Gewerbegerichts. Doch scheiterte die ganze Eingabe, weil in den in Frage kommenden Gemeinden Hünningen-St. Ludwig keine Einigung bei den Arbeitgebern erzielt werden konnte. Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen wurden 12 abgehalten, Mitglieder-versammlungen 7, öffentliche Versammlungen 2. Der jetzige Vorstand besteht zurzeit aus Karl Buchner, 1. Vorsitzender, Karl Schmidt, 2. Vorsitzender, Melania Grün, Schriftführerin, Theobald Lorez, Kassierer, Joseph Aren, Göpfert, Söhrelin Kreuter, Blafius Bren, Wilhelm Rauth, Joseph Schweiger, Vertrauensmänner, Karl Eifenhaner und Kreuter, Kassenrevisoren.

Staufbeuren. Von unserer Generalversammlung: Sie war gut besucht. Aus dem Rückblick unseres Vorsitzenden war zu entnehmen, daß in unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre tüchtig gearbeitet worden ist. Die Hausagitation brachte uns eine ganze Anzahl neuer Mitglieder. Die Wahlen zu den Vorstands- und Vertrauensmännern gingen glatt vor sich, sie ergaben zum Teil Neu-, zum Teil Wiederaufwahl. Wir haben für das Jahr 1911 gute gewerkschaftliche Aussichten.

Krefeld-Bockum. Am 15. Jan. fand eine Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Zunächst wurde vom Kassierer, Kollegen Kother, Bericht erstattet. Aus diesem ging hervor, daß unsere Ortsgruppe im letzten Quartal wieder einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Dann wurden die Kollegen Flocks und Kother als Delegierte zur Konferenz nach Krefeld gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde dann nochmals über das neu zu errichtende Bezirks-Kartell gesprochen. Es waren die anwesenden Kollegen wohl alle davon überzeugt, daß diese Einrichtung notwendig ist. Dann wurde den Kollegen nochmals empfohlen, zu agitieren, weil es unsere Pflicht ist, immer neue Mitglieder unserm Verbandsbe zuzuführen, da wir nur dadurch unserm Ziele näher kommen.

Dkrit (Sachsen). Einen außerordentlich zahlreichen Besuch hatte unsere Versammlung am 18. Jan. in Gromau aufzuweisen. Kollegin Krautschneider sprach in ihrem Vortrag über: Die Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Kollege Boigt referierte über: Soziale Sturmzeichen. Beide Referenten ernteten für ihre überzeugenden Ausführungen reichen Beifall. In einer äußerst anregenden Diskussion wurde über Mißstände in den Betriebskrankenkassen gellagt. Den ledigen Wächnerinnen wird angeblich keine Wächnerinnenunterstützung gezahlt. Die Verwaltung dieser Krankenkasse liegt in den Händen sozialdemokratisch organisierter Arbeiter. Es wird bei der Arbeiterschaft der betreffenden Firma sein, dafür zu sorgen, daß die Verwaltung der Krankenkasse solchen Mitarbeitern übertragen wird, welche auch wirklich mit Befähigung im Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Amtes walten. Von einem anderen Kollegen wurde die Agitationsweise der „Genossen“ kritisiert. Mit den gemeinsten Lügen und Verleumdungen wird von dieser Seite gearbeitet. So erzählte man z. B. einer Arbeiterin, die sich zu unserem Verbandsbe melden wollte, sie solle sich ja nicht bei den Christlichen organisieren, sie müsse sich sonst erst eine Bibel und ein Gesangbuch anlegen, um unsere Versammlungen besuchen zu können. Einer anderen Kollegin sagte man, sie würde

aus unserem Verbands auszuweisen, wenn der Papst davon er-
führe, daß sie evangelischer Konfession sei. Die Kollegen erklärten,
seht umso energischer agitieren zu wollen, bis in Ostria und
Umgebung auch der letzte Unorganisierte dem christlichen
Textilarbeiterverbände angehöre.

Schiffel. Am 22. Jan. hielten wir unsere General-
versammlung ab. Zunächst erfolgte die Rechnungsablage
vom Kassierer über das 4. Quartal. Er gab bekannt, daß
ein Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat für jedes Mitglied
gezahlt werden muß. Der Extrabeitrag ist in der Versamm-
lung vom 14. Nov. 1910 zwangsweise beschloffen worden.
Nach den Vorstandswahlen hielt Kollege Schreck aus Hamburg
einen Vortrag. Der erste Vorsitzende gab darauf Erklärungen
inbezug auf die Agitation. Die Mitglieder möchten Adressen
sammeln von Unorganisierten und sie dem Vorstande
übergeben.

Thiengen. In unserer Generalversammlung am 22. Jan.
erstattete der Vorsitzende den Kassenbericht, auch gab er das
Ergebnis der Hausagitation bekannt. Darnach wurden im
4. Quartal 33 neue Mitglieder gewonnen. Der durch das
Los ausscheidende Vorsitzende wurde einstimmig wieder-
gewählt. Hierauf sprach Kollege Rümmele-Vörrach über den
Stand unserer Bewegung. Fast alle dem Verbands ange-
schlossenen Verbände haben im Jahre 1910 Fortschritte ge-
macht. Die durch die Krise bedingten Verluste sind wieder
weit gemacht, ja der frühere Höchststand weit überholt, zur
Freude aller treuen und fleißigen Mitarbeiter. Aus dieser
Lage können wir Mut und Begeisterung schöpfen für die
Arbeit der Zukunft. Einigen eifrigen Mitgliedern wurde
vom Vorstand je eine schöne gewerkschaftliche Broschüre mit
Widmung überreicht als Anerkennung für eifrige Tätigkeit.

Winkrath. Am 22. Jan. fand hier eine größere Mit-
gliederversammlung statt. Als Referent war Kollege Marquardt-
Krefeld erschienen. An der Diskussion beteiligte sich Pfarrer
Broekmann, welcher die Weihnachtsfeier des „deutschen“
Textilarbeiterverbandes zu Grefrath kritisierte und betonte,
daß die Fieder, die dort von den Kindern gesungen wurden,
nichts als Spott und Hohn auf die christliche Kirche bedeuten.
Es sei Pflicht eines jeden religiös gesinnten Arbeiters, der
christlichen Gewerkschaft beizutreten.

Zell i. W. Unsere Generalversammlung am 22. Jan.
war sehr gut besucht. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder
wurden einstimmig wiedergewählt. Sehr zu begrüßen ist,
daß der Vorstand durch die Wahl zweier Kolleginnen er-
weitert wurde. Auch die Wahl der Kassenrevisoren erfolgte
mit Einstimmigkeit. Unser Lokalbeamter, Kollege Kiefer, gab
darauf einen gedrängten Bericht über den Stand unseres
Bezirks und Verbandes. Zum Schluß sprach Kollege Philipp
Sütterle den Vertrauensleuten für ihre uneigennützig Arbeit
noch den Dank der Ortsgruppe aus.

Soziale Rundschau.

Selbstversicherung für ehemalige Pflichtversicherte.
Es ist nicht genügend bekannt, daß die Personen, die
bereits einmal als Pflichtmitglieder der Invaliden-
versicherung angehört und bereits 200 Beitragsmarken
auf Grund der Versicherungsspflicht entrichtet haben, die
Selbstversicherung zu jeder Zeit eingehen können, auch
dann noch, wenn sie die Anwartschaft haben verstreichen
lassen. Es können also alle Personen, die pflichtversichert
waren, dann aber aus dem Pflichtversicherungsverhältnis
austraten, sich jeder Zeit ohne Rücksicht auf ihr Alter frei-
willig selbstversichern. Haben sie auf Grund der Selbst-
versicherung wieder 200 Marken gelebt, leben ihre
alten Rechte wieder auf, auch dann, wenn die
Anwartschaftszeit schon längst abgelaufen war.

Es ist rathsam, daß Leute, die hiervon betroffen wer-
den, sich schnell selbstversichern, da mit der Reichs-
versicherungsordnung diese Vergünstigung wegfallen wird.

Die Zunahme der Gewerbeaufsichtsbeamten in
Preußen ging in den letzten Jahren wie folgt vor sich.
Es waren im Jahre 1890 in Preußen angestellt: 17 Ge-
werberäte, 10 Gewerbeassistenten, ein Gewerbeinspektor,
zusammen 28 Beamte. Für Ende 1910 aber lauten die
Zahlen: 33 Gewerberäte, 180 Gewerbeinspektoren, 81
Assistenten, 12 Assistentinnen und 63 überzählige Inspektoren
und Referendare. Zusammen 369 Beamte.

Die Zunahme der Zahl der Beamten ist ja erfreulich,
genügen aber kann sie dem Bedarfe längst nicht. Schon
allein die Tatsache, daß mit dem 1. Januar 1910 alle
Gewerbebetriebe mit mehr als 10 Arbeitern (bisher 20)
der Gewerbeaufsicht unterstellt wurden, hat eine bedeu-
tende Vermehrung der Beamtenzahl notwendig gemacht.
Zunächst werden nicht mal alle Betriebe revidiert, dann
aber ist auch eine nur einmalige Revision im Jahre
nicht genug. Gerade in den wiederholten Revisionen
liegt der Wert.

Au die Forderung, auch Arbeiter in den Dienst der
Gewerbeaufsicht zu stellen, muß in diesem Zusammenhange
auch wieder erinnert werden.

Briefkasten.

„Dichter“. Gedicht findet in der nächsten Nummer
einen Platz, selbst auf die Gefahr hin, daß Du zu jenen ge-
worben werden könntest, von denen F. W. Weber, der
„Dreizehnlinden“-Dichter, sagt:

Es war mal ein Berg, der den deutsche Paradies,
Es haben auf ihm ohn' Unterlaß
Gesung viel schlechte Poeten,
In einem Jaden ihn plaud' getrieben.“

Du hast ja die Verantwortung zu tragen. Für die
andern Sachen besten Dank. Herzl. Gruß!

Versammlungskalender.

- Angsburg. 12. Febr., 1/4 Uhr, im „Goldenen Karpfen“,
Georgenstr.
- Barmen. 18. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Vogel, Köbigerstr. 16.
- Borghorst. 12. Febr., 11 Uhr, bei Fr. Dwersteg, Abrechnung.
— 16. Febr., Diskutierstunde.
- Bramsche. 12. Febr., 6 Uhr, bei Fr. Sandmann, Kaiser-
Geburtsstagsfeier.
- Cottbus. 11. Febr., 8 Uhr, im evangel. Vereinshaus,
Spreestr. 12.
- Cornelimünster. 12. Febr., 11 Uhr, bei Dam. Tau, General-
versammlung.
- Dahlhausen (Wupper). 19. Febr., 2 Uhr, bei Heinr. Vögel,
Dornbusch. 19. Febr., 6 Uhr, bei Ww. Gehnen (Mitglieder-
und Sterbefassenverf.).
- Eberfeld. 18. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klokbahn.
- Epe i. W. 12. Febr., 4 Uhr, Georg Rade, öffentliche Verf.
- Eynatten. 12. Febr., 6 1/2 Uhr, bei Bequerey, Windmühle.
- Gera N. j. L. 11. Febr., 1/2 9 Uhr, im Schwan, Vorstand-
und Vertrauensmännerversammlung.
- M.-Glabach-Eiden. 12. Febr., 6 Uhr, bei Wtlh. Draute
früher Schnitzler, Eidenstr.
- M.-Glabach-Lürrip. 19. Febr., 5 1/2 Uhr, bei Stephan
Tilkes, Neuzerstr., öffentliche Versammlung.
- M.-Glabach-Pesch. 12. Febr., 5 1/2 Uhr, bei S. Ruckbaum.
- M.-Glabach-Waldhausen. 18. Febr., bei Uebach, Wald-
hauer Höhe.
- Grefrath. 19. Febr., 11 Uhr, bei Ww. Hammes, Vorstand-
s-, Förderer- und Agitationskomiteeverammlung.
- Göppingen. Jeden dritten Samstag im Monat, gleich nach
Feierabend Versammlung in der „Germania“.
— 25. Febr., 4 Uhr, in der „Germania“.
- Hindert. 19. Febr., 1/2 6 Uhr, bei Frau Witwe Hahnen,
Generalversammlung.
- Höfen. 12. Febr., 5 Uhr, bei Ww. Chavel, Generalverf.
- Kaldenkirchen. 19. Febr., 11 Uhr, bei Pet. Bierich, General-
versammlung.
- Saaken-Blombacherbach. 12. Febr., 2 Uhr, Mitgliederverf.,
um 1 Uhr Kurzus bei Edmund Schneider.
- Vörrach. 16. Febr., 8 Uhr, im „Wilden Mann“.
- Reckenkirchen. 12. Febr., 11 1/2 Uhr, Vertrauensmännerverf.
- Oberforstbach. 19. Febr., 10 1/2 Uhr, bei Sauer, Generalv.
- Döhrup. 12. Febr., gleich nach dem Hochamt, bei Bernhard
Wiggers, Diskutierstunde.
- Soran (N.-L.). 16. Febr., 8 Uhr, im Lokale auf dem Wein-
berg, Generalversammlung.
- Naals. 12. Febr., 6 1/2 Uhr, bei Gillyßen, Festversammlung.

Zwei Lokalbeamte gesucht.

Für Cronau i. Westf. und Umgebung sowie für
die sächsischen Oberlausitz wird zur baldigen Frei-
stellung je ein Lokalbeamter gesucht. Anfangsgehalt 125 M.
pro Monat nebst 240 M. Wohnungszuschuß pro Jahr.

Bewerber müssen mindestens seit drei Jahren Ver-
bandsmitglied sein, über gute rednerische, schriftliche und
organisatorische Begabung verfügen und bisher in der
christlichen Arbeiterbewegung bereits als Charaktervolle
und eifrige Förderer tätig gewesen sein.

Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und Angabe der
zeitigeren Tätigkeit unter Anfügung eines kurzen Auf-
satzes über das Thema: „Die Aufgaben eines Gewerkschafts-
beamten“ sind bis spätestens 20. Februar cr. an
den Unterzeichneten einzujenden.

Diejenigen Verbandskollegen, welche sich bereits
im November 1910 für die Lokalbeamtenstelle in Rheinbdt
gemeldet hatten, können von einem erneuten Bewerbung-
schreiben absehen. Diese Meldungen bezw. Bewerbung-
schreiben sollen auch für die vorstehend ausgeschriebenen
Stellen Gültigkeit haben, wenn die Bewerber nicht aus-
drücklich ihre Gesuche schriftlich zurückziehen.

Düsseldorf, den 4. Februar 1910.

Für den Zentralvorstand:
C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Heinrich Maifisch in Bettrath.
- Anton Seul in Mülheim.
- Rosina Trefzger in Wehr.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das Geld. Staatsbürger-Bibliothek Heft 10.
M.-Glabach, Volkvereins-Verlag G. u. b. H. 1910.
94 Seiten 8°. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Inhalt: I. Entstehung des Geldes. II. Die Funktionen
des Geldes. III. Die staatliche Ordnung des Geldes: Münz-
system, Münzgesetz, Münzbedarf, Edelmetalle, Währung.
IV. Geldfrage (Geldverhältnisse); Reichstagen (Geld, Bank-
noten, Wechsel, Scheid, Literaturverzeichnis. V. Anhang:
Münzsysteme fremder Staaten.

In einer Zeit so außerordentlich gesteigerten Geld-
bedarfes, der in Steuererhöhungen und neuen Steuern
für die Allgemeinheit sich so nachdrücklich bemerkbar
macht, ist eine Schrift über das Geld selbst, über sein
Wesen, seine Aufgaben, seine wirtschaftliche und politische
Bedeutung ganz gewiß als recht zeitgemäß zu bezeichnen.
Das vorliegende Heft 10 der M.-Glabacher „Staats-
bürger-Bibliothek“ behandelt gründlich und eingehend das
Geld und Geldwesen mit Ausnahme von Bank und Börse
in populärer, klarer und verständlicher Weise. Besonders
muß auf die vorzügliche Darstellung der geschichtlichen
Entwicklung des Geldes hingewiesen werden; ferner auf
die Abkürzungen „Wechsel“ und „Scheid“, Dinge, worüber
noch immer viel mehr Unkenntnis und Unklarheit herrscht,
als man glauben sollte. Die Schrift wird ohne Zweifel
allgemeinen Beifall finden und verdient bei dem billigen
Preise zur allgemeinen Anschaffung empfohlen zu werden.
Zu beziehen von der Buchhandlung des Gesamt-
verbandes in Köln, Eintrachtstraße.

Ideelle Werte in der christlichen Gewerkschafts-
bewegung. Der Zentralvorstand unseres Verbandes
hat den Vortrag, den Herr Dr. Carl Sonnenschein
auf unserer Aachener Generalversammlung gehalten hat,
als Broschüre herausgegeben.

Eine besondere Empfehlung brauchen wir dem Vor-
trage wohl nicht mit auf den Weg zu geben. Dr.
Sonnenschein ist in unserer Bewegung als geistreicher
Redner bekannt. Unsere Generalversammlungsdelegierte
werden sich noch gerne des Vortrages erinnern, der sie
1 1/2 Stunden in Spannung hielt und der einen so wirkungs-
vollen Abschluß unserer Aachener Tagung bildete. Sie
werden für den Vertrieb der Broschüre gewiß gern tätig
sein.

Was wir alle, die in der Bewegung tätig sind, ge-
fühlt, erlebt, durchdacht und oft unklar ausgesprochen
haben, das hat Herr Dr. Sonnenschein in seinem Vor-
trage in geistreicher Weise zu einem Ganzen als die
ideellen Werte unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu-
sammengefaßt. Der Vortrag bildet eine glänzende
Apologie unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Jedes Mitglied, namentlich alle unsere Mitarbeiter,
werden sich aus diesem Vortrage in den Stunden des
Mühsutes und der Verzagttheit neue Anregungen und
neue Kräfte schöpfen können, indem sie sich an den darin
klar gezeichneten Idealen unserer Bewegung von neuem
begeistern.

Wir wünschen der Broschüre weiteste Verbreitung
nicht nur unter unsern Mitgliedern, sondern auch in
jenen bürgerlichen Kreisen, die bislang unserer
Bewegung apathisch gegenüberstanden und sie beurteilten
lediglich vom Standpunkte der Streiks und Lohn-
bewegungen aus. Gerade sie werden aus der Broschüre
viele lernen können, namentlich, daß in der christlichen
Gewerkschaftsbewegung gewaltig große Kulturwerte liegen,
die auch ihre Anerkennung, Unterstützung und Pflege
beanpruchen dürfen.

Bei dem Preise von 5 Pfennigen eignet sich das
gefällige broschürierte Schriftchen zum Massenvertrieb.
An diejenigen, die nicht der christlichen Gewerkschafts-
bewegung angehören, kann es für 10 Pfennig verkauft
werden.

Bestellungen können an die Zentralstelle in
Düsseldorf oder an den Buchhandel des Gesamt-
verbandes in Köln, Eintrachtstraße, gerichtet werden.

Geschäftsbericht nebst Protokoll der General-
versammlung. In schöner äußerer Ausstattung bringt
der Zentralvorstand unseres Verbandes seinen Geschäfts-
bericht, verbunden mit dem Protokoll der Aachener General-
versammlung, in einem stattlichen Buche von 350 Seiten.
An Inhalt bietet es außerordentlich viel wertvolles
und interessantes Material. Es beschäftigt sich in sehr
lehrreichen Ausführungen mit den Produktions-
und Absatzverhältnissen in der Textilindustrie, mit der Or-
ganisation der Arbeitgeber und Arbeiter des Gewerbes
und mit den Löhnen der Textilarbeiter. Die Ausführungen
sind durch eine Menge zahlenmäßiger Darstellungen näher
begründet und erläutert.

Der Teil des Buches, der über die Vorgänge in
unserem Verbands in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis
30. Juni 1910 orientiert, ist nicht minder wertvoll. Er
bringt eine Menge von Material über Krankheits-, Sterb-
lichkeits-, Arbeitslosigkeitsverhältnisse der Textilarbeiter,
mit Zahlen und bildlichen Darstellungen, teils mehrfarbig,
erläutert. Diese graphischen Darstellungen machen die
Zahlen für jeden interessant und deutlich. Berichte der
Redaktion der „Textilarbeiter-Zeitung“ und der Sekretariate
schließen diesen ersten Teil des Buches ab.

Das dem Geschäftsberichte angehängte Protokoll ist
recht interessant und bietet eine Fülle von Gedanken und
Anregungen, die in der praktischen gewerkschaftlichen
Tagesarbeit gute Dienste tun. Das Protokoll ist eine
wörtliche Wiedergabe der Generalversammlungsverhand-
lungen. Ganz besonders sei hingewiesen auf das Referat
des Kollegen Stegerwald, des Kollegen Deutmann und
auf den glänzenden Vortrag des Dr. Sonnenschein über
ideelle Werte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Das ganze, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet für
die Mitglieder nur 50 Pfennig.

Bestellungen sind sofort zu machen, da nur
eine ganz beschränkte Anzahl Exemplare vor-
handen ist.

Inhaltsverzeichnis.

Feierabend. — Artikel: Führer und Masse. — Mehr
Schutz den Arbeitswilligen! — Aachen, die „christliche“
Domäne. — Einige praktische Ratsschlüsse für Weber und
Weberinnen. — Jenuleton: Starke Seelen. — Aus der
Arbeiterbewegung: Jugendabteilungen in den christlichen
Gewerkschaften? — Es ist aus mit den christlichen Gewerks-
schaften! — Anbahnung des sozialen Ausgleiches. — Wir
müssen die Arbeiterinnen organisieren! — Was „allerdings“
übersehen worden ist! — Soziale Studentenarbeit. — Arbeit-
geberarbeitsnachweise in der Textilindustrie. — Ist der Zentral-
verband deutscher Konsumvereine in Hamburg neutral? —
Die französische Republik — der realistischste Winkel Aus-
lands. — Sozialdemokratie und Krankenkassen. — Möglich
entlassen. — Aus unserer Industrie: Aus der Baumwoll-
und Leinenbranche. — Aus dem Verbandsgebiete:
Redaktionschluss! — An die Ortsgruppenvorstände! —
Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen:
Reckenkirchen bei Rheine. — Süchteln. — Berichte aus
den Ortsgruppen: Aachen-Burtscheid. — Angsburg. —
Wohlf. — Dahlhausen (Wupper). — Düsseldorf. — Eren-
bach (Pfalz). — Fulda. — M.-Glabach-Lürrip. — Seiden-
heim a. d. Brenz. — Hochneutrich. — Hülz. — Hünningen.
— Kaufbeuren. — Krefeld-Bockum. — Ostria (Sachsen). —
Schiffel. — Thiengen. — Winkrath. — Zell i. W. — Soziale
Rundschau: Selbstversicherung für ehemalige Pflicht-
versicherte. — Die Zunahme der Gewerbeaufsichtsbeamten in
Preußen. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — An-
zeige. — Sterbetafel. — Literarisches.